



# Gemeinde Obersiggenthal

## Protokoll des Einwohnerrates

|                         |  |
|-------------------------|--|
| <b>Amtsperiode</b>      | 2014/2017  |
| <b>22. Sitzung</b>      | Donnerstag, 28. September 2017<br>19.00 Uhr, Aula Oberstufenschulzentrum                               |
| <b>Vorsitz</b>          | Ursula Haag, Präsidentin   |
| <b>Protokoll</b>        | Romana Hächler, Gemeindeschreiber-Stv.   |
| <b>Stimmzähler</b>      | Ursula Spinnler<br>Peter Huber   |
| <b>Anwesend</b>         | 34 Mitglieder des Einwohnerrates<br>5 Mitglieder des Gemeinderates<br>Gemeindeschreiber Anton Meier    |
| <b>Entschuldigt</b>     | Christian Bossard<br>Aleksandar Djordjevic<br>Sonja Frei<br>Micha Jetzer<br>André Kummer<br>Marco Küng |
| <b>Ende der Sitzung</b> | 23.00 Uhr  |

| <b>Behandelte Geschäfte</b> |         |   | <b>Seite</b> |
|-----------------------------|---------|---|--------------|
| 1                           | 2017/27 | Formelles, Mitteilungen, Neueingänge    | 588          |
| 2                           | 2017/28 | Aufgaben- und Finanzplanung 2018 - 2022 | 588          |
| 3                           | 2017/29 | Budget 2018                             | 592          |
| 4                           | 2017/30 | Termine 2018                            | 620          |
| 5                           | 2017/31 | Umfrage                                 | 620          |

**Ursula Haag, Präsidentin:** Ich begrüsse zur 22. Einwohnerratssitzung in dieser Legislatur. Ich möchte allen Gewählten und Wiedergewählten zur Wahl gratulieren.

Wir haben heute ein Geburtstagskind im Rat. Ich möchte Ursula Spinnler ganz herzlich zum Geburtstag gratulieren. Alle Kuchen und Getränke sind heute in der Pause gratis und vom Geburtstagskind spendiert. Ich danke ganz herzlich und möchte Dir gerne einen Blumenstrauss überreichen.

Es haben sich folgende Ratsmitglieder für die heutige Einwohnerratssitzung entschuldigt: Marco Küng, Micha Jetzer, André Kummer, Aleksandar Djordjevic und Sonja Frei. Stefan Semela, Volkmar Hau Eisen und Lukas Füglistler kommen später. Weil Marco Küng immer noch in den Ferien weilt, haben wir Peter Huber als zweiten Stimmzähler bestimmt. Es sind somit im Moment 32 vereidigte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend. Das absolute Mehr beträgt 17.

## 1 2017.27 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge

**Ursula Haag:** Zum **Formellen:** Sie haben die Traktandenliste zusammen mit den Unterlagen rechtzeitig erhalten. Es ist nichts in Rechtskraft erwachsen, da die letzte Sitzung erst vor zwei Wochen stattfand.

Nun zu den **Mitteilungen: Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin:** Ich muss Sie leider wieder einmal über eine grössere Reparatur informieren, welche sofort und natürlich ausser Budget ausgeführt werden muss. Das wird die Rechnung 2017 zusätzlich belasten. Im Bereich des Geräteraumes bei der OSOS-Turnhalle muss das Dach dringend repariert werden. Eine alte Korkdämmung ist vermodert. Das erfordert nun ziemlich aufwändige Belags- und Abdichtungsarbeiten. Im Moment liegt eine Offerte vor. Diese Arbeiten belaufen sich ohne Baumeisterarbeiten auf etwa CHF 60'000. Für die Baumeisterarbeiten rechnen wir mit CHF 10'000. Wir haben uns entschieden, Konkurrenzofferten einzuholen, obwohl es eine dringende Angelegenheit ist. Ich nehme an, der Gemeinderat muss an der nächsten Gemeinderatssitzung entscheiden, was wie vergeben werden muss. Leider habe ich sonst keine besseren Informationen für Sie.

**Ursula Haag:** Ich muss mich korrigieren bezüglich dem absoluten Mehr. Ich habe gesehen, dass Christian Bossard nicht hier ist. Es sind 31 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend. Das absolute Mehr beträgt somit 16. **Neueingänge** liegen keine vor.

## 2 2017.28 Aufgaben- und Finanzplanung 2018 - 2022

**Ursula Haag:** Bernhard Wehrli, Leiter Abteilung Finanzen, nimmt Einsitz. Der Aufgaben- und Finanzplan dient dem Einwohnerrat zur Kenntnisnahme. Es gibt zu diesem Geschäft keine Abstimmung. Es können Voten dazu gehalten und Anregungen an den Gemeinderat eingebracht werden.

Eintreten wird nicht bestritten.

**Peter Marten, Präsident Finanzkommission:** Es herrscht volle Konzentration auf das gesprochene Wort, sehr gut. Es freut mich, dass ich Ihnen das Budget 2018 präsentieren darf. Bei der Vorbereitung für diese Tätigkeit wurde mir bewusst, dass ich während den letzten beiden Jahren immer das Gleiche gesagt habe. Sagt man immer das Gleiche, dann hat es zwei Effekte. Einerseits ist es einlullend, immer das Gleiche zu hören und andererseits im Militär würde man sagen, es hilft, denn das Gesagte wird gefestigt. Lese ich aber alle geschriebenen Beiträge

Über unsere Finanzen, dann habe ich das Gefühl, mein Gesagtes ist noch nicht gefestigt. Darum bin ich froh, dass ich noch ein drittes Mal präsentieren darf. Der Negativtrend im Budget 2018 setzt sich fort, das haben wir bereits in den letzten zwei Jahren gesehen, also keine Entspannung. Wir haben ein Problem bei den Steuereinnahmen, sie schwächeln. Wir haben ein Problem auf der Ausgabenseite in dem Teil mit den nichtbeeinflussbaren Kosten. Die Kosten aus der Pflegefinanzierung laufen uns davon. Dazu kommen noch die Kosten der Spitex. Was neu dazukommt sind die Kosten aus dem Sozialbereich. Für uns als Gemeinde ist es praktisch unmöglich, diese Blöcke zu beeinflussen. Es besteht nur ein sehr kleiner Handlungsspielraum. Das Problem ist, dass dieser Handlungsspielraum, den wir gerne hätten und wir uns alle wünschen, defacto nicht existiert beziehungsweise immer kleiner wird. Das ist eine Realität auch für die nächsten Jahre. Damit müssen wir umgehen. Sie haben sicher gesehen, dass wir auf Stufe operatives Ergebnis ein leichtes Plus ausweisen. Mit den zusätzlichen Steuereinnahmen geht es operativ einigermaßen auf. Doch alles steht auf tönernen Füßen. Haben wir eine Situation wie heute mit dem Geräteraumdach und Kosten fallen erst das nächste Jahr an, dann können wir das vorhin positiv erwähnte schon wieder streichen.

**Ursula Haag:** Peter, sprichst Du nun zum Aufgaben- und Finanzplan?

**Peter Marten, Präsident Finanzkommission:** Nein, zum Budget.

**Ursula Haag:** Wir sind aber jetzt erst beim Aufgaben- und Finanzplan.

**Peter Marten, Präsident Finanzkommission:** Dann habe ich es falsch verstanden und den Plan falsch gelesen. Dann erzähle ich das vorhin Gesagte nachher nochmals. Aus Sicht der Finanzkommission braucht es weitere Priorisierungen. Was heisst das? Im Aufgaben- und Finanzplan sind im Moment die Kosten und Investitionen enthalten, welche mutmasslich anstehen. Der Aufgaben- und Finanzplan ist ein Arbeitsinstrument. Der Gemeinderat sowie der Einwohnerrat haben es in der Hand, da eigene oder andere Prioritäten zu setzen oder Prioritäten umzusetzen. Ich weiss nicht, ob wir uns als Gemeinde eine Erweiterung des Gemeindehauses aufgrund der aktuellen Finanzlage leisten können. Das ist für mich, wenn ich bei der Verwaltung tätig wäre, need to have. Doch als Präsident der Finanzkommission sage ich das ist nice to have und schwer vorstellbar zu realisieren. Seitens der Finanzkommission sind wir weiterhin kritisch, was die Steuereinnahmen betrifft. Ich werde beim Budget eine Folie präsentieren, auf welcher die Steuereinnahmen seit dem Jahr 2013 bis und mit Budget 2018 aufgezeigt werden. Nach Einsichtnahme dieser Folie wird jeder verstehen, was ich mit dem Hinweis meine, die Steuereinnahmen schwächeln. Wollen wir das Legislaturziel von CHF 3'000 Schulden pro Einwohner erreichen, dann bedeutet das eine maximale Verschuldung von CHF 26 Mio. Das bedeutet einerseits, dass nicht alles Aufgeführte möglich ist und andererseits, das müssen wir uns bewusst sein, ist keine Zwängerei, grössere Investitionen sind defacto in Zukunft mit einer Steuerfusserhöhung verbunden oder gekoppelt. Man hatte vor einigen Jahren, damals war ich politisch im Einwohnerrat noch nicht aktiv, eine Abstimmung durchgeführt, welche bei einem Projekt mit einer Steuerfusserhöhung verbunden war. Das wurde damals vom Volk gar nicht goutiert. Jenes Vorgehen wurde als Zwängerei interpretiert. Doch müssen bei einem Hallen- und Gartenbad oder bei Schulbauten mehrere Millionen investiert werden, dann wird das nicht ohne Steuerfusserhöhungen möglich sein. Die nächsten Steuerfusserhöhungen stehen praktisch vor der Türe. Es ist keine Entwarnung erkennbar. Mit einer Steuerfusserhöhung ist noch nicht das Ende der Fahnenstange erreicht. Die im Aufgaben- und Finanzplan enthaltenen Steuerfusserhöhungen werden nur dafür gebraucht, dass die grob angedachten Investitionen gestemmt werden können. Es sind keine Gestaltungssteuerprozente für irgendwelche neuen Ideen enthalten.

**Linus Egger, Gemeinderat:** Ich präsentiere Ihnen den Finanzplan. Ich habe die wichtigsten Zahlen herausgezogen. Was sind die Einflussfaktoren? Bei den Einkommens- und Vermögenssteuern haben wir mit einer Wachstumsrate von 1 % gerechnet. Der Kanton gab uns 1.5 % bis 2 % vor. Beim Sach- und Betriebsaufwand sowie beim Transferaufwand haben wir mit einer Zuwachsrate von 1 % gerechnet. Beim Personalaufwand wurde für die nächsten zwei Jahre mit 1.0 % gerechnet und ab 2021 wurden 1.5 % eingestellt. Betrachten Sie nun den Steuerfuss

für 2018, wir beantragen 105 %. Ab dem Jahre 2020 sind 108 % Steuerfuss geplant. Dieser beinhaltet bereits Investitionen, welche für den ersten Teil der Schulhausbauten beim Gebiet Goldland benötigt werden. Sie erinnern sich an das letzte Jahr. Anstelle von 105 % zeigten wir damals bereits 104 % auf, und bei 108 % präsentierten wir 107 %. Der Unterschied der Abschreibungen im Finanzplan zum Budget ist der, im Finanzplan sind alle Abschreibungen der aufgeführten Investitionen berechnet. Im Budget sind bei den Abschreibungen nur diejenigen Investitionen enthalten, welche bereits bewilligt wurden. Deshalb entstehen diese Unterschiede. Für die Festlegung des Steuerfusses ist das operative Ergebnis massgebend. Wie Sie sehen können weisen wir mit den oben festgelegten Steuerfüssen ein operatives Ergebnis aus, welches knapp positiv ist, im Jahr 2019 liegen wir etwas tiefer, aber dann pendelt es sich ein. Diese Situation ist an und für sich unbefriedigend. Für die nächsten drei Jahre sind noch Aufwertungsreserven enthalten. Der Kanton bewilligte, dass im 2018 nochmals der volle Wert eingesetzt werden kann. Es ist die Differenz der Umstellung HRM1 zu HRM2. Heute wird kürzer abgeschrieben. Wir haben festgelegt, dass in den folgenden Jahren die Aufwertungsreserve um je einen Drittel reduziert wird, danach muss ohne diese Entnahme weitergefahren werden. Das ist auch die Empfehlung des Kantons, dass möglichst in den nächsten Jahren diese Position auf null gesetzt wird. Die hier aufgezeigten Nettoschulden reichen von heute von CHF 18.5 Mio. bis auf CHF 25.8 Mio., immer mit dem Steuerfuss gerechnet, welcher oben aufgeführt ist. Die Nettoschuld pro Einwohner im Jahr 2022 würde somit CHF 2'922 betragen. Das liegt unter unserem Legislaturziel. Für mich persönlich ist der Wert zu hoch. Ich bin der Meinung, man sollte die Kantonsrichtwerte beiziehen, welche festlegen, dass vor allem längerfristig eine Nettoverschuldung pro Einwohner von CHF 2'500 nicht überschritten wird. In den Nettoinvestitionen sind die wichtigsten Punkte, welche Peter Marten bereits erwähnte, enthalten. Es sind dies einerseits das Hallen- und Gartenbad, der erste Teil vom neuen Schulhaus, Strassenprojekte und Erweiterung Gemeindehaus.

Betrachten wir nun den Selbstfinanzierungsgrad. Das Jahr 2018 zeigt eigentlich einen Idealwert von rund 100 % auf. Das bedeutet, dass die Nettoschuld nicht ansteigen würde. Doch in den Jahren 2019 bis 2022 sehen Sie, dass der Selbstfinanzierungsgrad sehr tief liegt. Die Empfehlung des Kantons lautet, dass der Selbstfinanzierungsgrad nicht unter 50 % liegen soll, längerfristig ist 100 % anzustreben. Das muss auch unser Ziel sein, wenn wir die Nettoverschuldung in den Griff bekommen wollen. (Auf einer Folie wird die Entwicklung der Nettoverschuldung von 1994 bis Plan 2022 aufgezeigt). Im Jahr 1996 sehen Sie, dass wir knapp CHF 25 Mio. Nettoschulden aufwiesen. Damals wurde die Sporthalle gebaut. Im Jahr 2008 sehen Sie einen Ausreisser nach oben, vor allem wegen der Ausfinanzierung der Pensionskasse. In den Jahren 2017 und 2018 sehen Sie die Budgetwerte. Die vier grünen Balken zeigen grafisch die Entwicklung der Nettoverschuldung aufgrund des Aufgaben- und Finanzplanes auf.

Ich komme nun zu den Wasserwerken. Die heutigen Gebühren betragen immer noch CHF 2.00 für 2018, 2019 und 2020. Aufgrund von Investitionen müssten die Wasserwerkgebühren pro m3 angehoben werden und dies aus heutiger Sicht betrachtet, wenn alles realisiert wird, müssen sie ab dem Jahre 2021 auf CHF 2.30 angehoben werden. Der Betriebserfolg schwankt zwischen CHF. 1.6 und CHF 1.8 Mio., der Aufwand liegt knapp unter einer Million. Das betriebliche Ergebnis zeigt ein Plus von CHF 600'000 bis CHF 750'000. Die Nettoschulden im 2018 zeigen einen positiven Wert von einer Million, doch diese würden bis 2022 ansteigen auf CHF 3.3 Mio. Die Nettoinvestitionen wurden mit CHF 1.7 und CHF 1.8 Mio. beziffert.

Die Gebühren der Abwasserbeseitigung liegen heute bei CHF. 1.80. Diese werden belassen. Ab dem Jahre 2019 ist ersichtlich, dass diese Gebühren auf CHF 2.10 bis CHF 2.40 steigen werden. Es handelt sich hier um provisorische Werte. Anlässlich der Delegiertenversammlung hat der Abwasserverband kundgetan, dass die Gebühren ab 2019 steigen werden. Sie gaben über die Höhe keine Informationen ab. Ich habe daraufhin den Finanzplan des Abwasserverbandes verlangt und habe simuliert, wohin sich die Schulden bewegen werden. So bin ich auf den Wert von CHF 2.10 und CHF 2.40 gekommen. Dieser Wert könnte durchaus tiefer oder höher ausfallen. Ich bin der Meinung, wenn man schon weiss, dass Gebühren ansteigen werden, dann sollte das bekannt gegeben werden, auch wenn die Zahlen noch nicht definitiv vorliegen. Es wurde vom Abwasserverband eine Finanzgruppe eingesetzt, welche die Berechnungen vornehmen und prüfen, was machbar ist. Bei den Nettoschulden sehen Sie einen positiven Wert von 3.2 Mio. Wir weisen ein positives Betriebsergebnis von rund CHF 450'000 auf,

welches in den nächsten Jahren auf CHF 330'000 zurückgeht. Die Schulden werden CHF 1.2 Mio. betragen.

Die Gebühren bei der Abfallwirtschaft bleiben unverändert. Es stehen keine grösseren Investitionen an. Die hier aufgeführte Investition betrifft den Entsorgungsplatz, welcher neu beim Technischen Zentrum gestaltet werden soll.

**Daniel Meier:** Die CVP/BDP-Fraktion hat den Aufgaben- und Finanzplan im Detail analysiert und besprochen. Der Plan ist klar aufgebaut und gut strukturiert. Prognosen für die Planjahre rechnen mit einem jährlich leichten Anstieg, einerseits von den Einwohnerzahlen von 30 bis 40 Personen und andererseits von den Steuereinnahmen. Trotzdem wurde mit einem Steuerfuss von 105 % gerechnet. Wir werden das bei der Behandlung des Budgets genauer betrachten. Bewilligt ist noch gar nichts. Wir sind zuversichtlich, mit den 105 % fahren zu können. Die CVP/BDP-Fraktion unterstützt das. Wir werden versuchen, dies dem Volke schmackhaft zu machen in die Knacknuss zu beissen und den Steuerfuss zu erhöhen. Wir haben gehört, in den letzten Jahren wurde gespart, und ich denke, wir müssen weiterhin an diesem Sparkurs festhalten. Die knappen finanziellen Mittel im Personalbereich wie auch auf der Aufwandseite sind zu halten und es soll mit Zurückhaltung mit weiteren Anstellungen usw. umgegangen werden. Auf der Investitionsseite sind für das Jahr 2018 CHF 2.2 Mio. geplant, wovon die Hälfte bereits projektiert ist. Das ist einerseits die Strassenbeleuchtung mit rund CHF 220'000, KITA und Schule mit CHF 780'000 und Dachsicherheit, eine erste Tranche wurde vor zwei Wochen bewilligt mit CHF 176'000. Auch das Sanierungskonzept vom Hallen- und Gartenbad steht für nächstes Jahr an mit dem Konzept von CHF 200'000. Grössere Ausgaben schieben wir vor uns her, insbesondere Erweiterung Gemeindehaus von CHF 2 Mio., Sanierung Hertensteinstrasse von CHF 2.3 Mio., Schulhausneubau einerseits mit CHF 8 Mio. und andererseits in einer zweiten Etappe nochmals mit CHF 11.6 Mio. Dies ist alles bereits im Finanzplan auf die nächsten Jahre gerechnet. Mit der Strassengestaltung Landstrasse, es geht um die Verschönerung, Lärmschutz usw., wird mit einer weiteren Million gerechnet. Sie sehen, das Investitionsvolumen steigt bis maximal CHF 6.25 Mio. im Jahr 2022 an. Angesichts der finanziellen Situation ist die Frage berechtigt, können wir uns das leisten? Es wurde bereits gesagt, wir können das nur über Steuerfusserhöhungen beim Volk durchbringen und sind auf seine Zustimmung angewiesen. Das ist genau unsere Herausforderung. Wollen wir die vor uns liegenden Projekte durchbringen und brauchen eine Volksabstimmung dazu, dann ist es wichtig, dass wir dort die Unterstützung haben und es ist auch wichtig, dass alles vorgängig richtig priorisiert wurde. Wir müssen verstehen, wo Abhängigkeiten bestehen. Vielleicht liegen für uns noch Gelder durch ein Dekret vom Kanton zur Verfügung, wo etwas realisiert werden muss, um den Betrag einzufordern? Wir müssen beginnen in Varianten zu denken. Wir haben einerseits den Gemeindehausbau mit CHF 2 Mio. und auf der anderen Seite haben wir das Strübelihus, welches leer steht. Kann hier eine Umnutzung erfolgen und dadurch Geld gespart werden? Stichwort Schulhäuser. Ich sehe das im Kanton Zürich, in der Stadt Zürich. Es werden Containerschulhäuser gebaut. Ich weiss nicht, ob das eine Lösung wäre? Doch ich denke, das wäre billiger als ein CHF 8 Mio. bis CHF 12 Mio.-Schulhaus, welches wir gedenken, uns zu leisten. Auch mit der Schwimmbadsanierung kommt ein grosser Betrag auf uns zu. Wo müssen wir Prioritäten setzen, was ist dem Volk wichtig? Wir müssen wissen, was wir hier im Rat richtig priorisieren werden, um die Unterstützung des Volks zu bekommen. Die Zahlen der Eigenwirtschaftsbetriebe, Wasserwerk, Abwasser und Abfallbewirtschaftung haben wir bei uns in der Fraktion zur Kenntnis genommen. Wir unterstützen das weitere Vorgehen mit der Beibehaltung der Gebühren.

**Ursula Haag:** In der Zwischenzeit sind wir 33 anwesende Einwohnerräte. Das absolute Mehr beträgt 17.

**Daniela Graubner:** Die finanzielle angespannte Situation von Obersiggenthal setzt sich fort. An dieser Stelle wiederhole ich meine Worte vom letzten Jahr, nämlich: Was wollen wir uns leisten und welchen Preis sind wir bereit dafür zu zahlen? Es braucht eine Wertdiskussion, was Obersiggenthal ausmachen soll. Wir haben bekanntlich zwei Herausforderungen: Die Fiskalerträge bei rund CHF 25.5 Mio. zu halten und den Sachaufwand mit den Investitionen, falls möglich, zu senken. Wir müssen Prioritäten setzen für das, was nötig ist und für das, was uns als Gemeinde ausmachen soll und wir, wie gesagt, bereit sind, etwas mehr dafür zu bezahlen. Die

EVP befürwortet die Steuerfusserhöhung von 5%. Nur mit dieser Massnahme können wir ein knapp ausgeglichenes Budget 2018 erreichen. Aber eben, der Finanzplan zeigt auf, dass wir mit dieser Erhöhung nur CHF 200'000 mehr Steuern generieren als im 2017. Diese Mehreinnahmen werden durch weiter steigende Kosten im Gesundheits- und Sozialbereich gleich wieder aufgebraucht. Es gilt die Tatsache zu akzeptieren, dass unser System viel mehr Geld benötigt, als wir wohl alle dachten. Die meisten Menschen, und damit wahrscheinlich auch wir und unsere Angehörigen, wollen ein hohes Alter bei guter Gesundheit erreichen, den Preis dafür sehen wir jetzt auch bei unseren Finanzen. Damit bleibt jedoch praktisch kein Handlungsspielraum zur freien Verfügung. Zu den Investitionen: Die Nettoschuld von CHF 2'500 pro Einwohner gilt als tragbar. Das steht im Aufgaben- und Finanzplan. Wollen wir die Investitionen, wie sie im Aufgaben und Finanzplan vorgelegt sind, so verwirklichen, erreichen wir bereits im Jahr 2021 diese Grenze. Eine Nettoschuld von CHF 3'000, sprich CHF 26 Mio. Schulden total, erreichen wir ein Jahr später im 2022 mit dem Bau des Schulhauses. Es ist dann aber erst das halbe Schulhaus im Bau und vier weitere Mio. stehen noch an. Die Zinsentwicklung müssen wir ebenso im Auge behalten, weil steigende Zinsen die laufende Rechnung unweigerlich belasten. Darum wird jede kommende Investition nur möglich sein, wenn sie mit einer Steuerfusserhöhung verbunden ist. Das sagte auch Peter. Allerspätestens dann findet die Wertdiskussion statt, was wir uns leisten wollen und können. Deshalb erwarten wir vom Gemeinderat eine „smarte“ Strategie, die nebst den Werten auch aufzeigt, wie und wo zusätzliche Finanzen generiert werden können, im Sinne von spezifisch, messbar, aktionsorientiert, realistisch und terminiert. Die EVP unterstützt zudem alle Anträge der Finanzkommission.

**Christoph Villiger:** Auch die FDP hat sich mit der Aufgaben -und Finanzplanung beschäftigt. Ich möchte mit einem Zitat beginnen, welches mir gestern ein Mitarbeiter sagte, da etwas im Geschäft schiefgelaufen ist: „Es ist kein Ponyhof“. Als ich den Investitionsplan studierte, musste ich wirklich sagen, wir sind kein Ponyhof. Wir haben CHF 51.5 Mio. Investitionen, welche im Aufgaben und Finanzplan aufgeführt sind. Zeitpunkt und Ausmass sind noch unsicher. Es zeigt aber eines, wir können uns das im Moment nicht leisten. Auf die Gefahr hin, dass ich mich wiederhole, wir kommen nicht darum herumkommen, unser Profil als Gemeinde zu schärfen. Was ist uns wichtig? Wofür stehen wir? Wie wollen wir Gelder investieren? Wir müssen wirklich klare Prioritäten setzen, das ist wichtig und dringend. Es sind verschiedene Aspekte, welche stimmen müssen. Ich appelliere an uns auch als Einwohnerrat, denn wir haben es zum grossen Teil in der Hand, über Investitionen zu entscheiden. Ich bitte um sorgsames Umgehen mit unseren Finanzen, das ist uns als FDP sehr wichtig.

**Ursula Haag:** Gibt es zum Aufgaben- und Finanzplan der Eigenwirtschaftsbetriebe Wasser, Abwasserbeseitigung und Abfallbewirtschaftung Voten?

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen.

### **3      2017.29      Budget 2018**

Eintreten wird nicht bestritten.

---

**Ursula Haag:** Es nimmt Bernhard Wehrli, Leiter Abteilung Finanzen, Einsitz. Das Vorgehen zum Budget 2018 sieht wie folgt aus. Zuerst erfolgen die Bemerkungen von Peter Marten zum Budget. Anschliessend folgen die Ausführungen und Erläuterungen von Linus Egger als Gemeinderat zum Budget. Dann folgen die allgemeinen Fraktionsmeldungen. Anschliessend kommen wir zur Beratung der Anträge der Finanzkommission zu den Ziffern 2, 3 und 4 betreffend Löhne mit anschliessender Abstimmungen über die Anträge. Es folgt dann eine Pause. Nach der Pause folgt die Detailberatung Budget 2018 ab Seite 36. Die Abstimmungen der einzelnen Anträge werden bei den einzelnen Posten sofort vorgenommen.

**Peter Marten, Präsident Finanzkommission:** Der Negativtrend setzt sich fort. Wir kommt man aus der ganzen Geschichte heraus? Es gibt drei Arten, als Gemeinde aus diesem Trend herauszukommen. Man muss versuchen, dass der kleine Teil des Sachaufwandes, welcher selber beeinflussbar ist, nicht weiter ansteigt und im Griff gehalten wird. Dies im Wissen, dass der grössere Teil vom Sachaufwand, welcher durch uns nicht beeinflussbar ist, von allein ansteigen wird. Die Investitionen sind unser Hebel, dass wir nicht zu stark in die Schulden geraten. Es könnte theoretisch auch eine Taktik sein, dass man sagt, Schulden sind ja nicht so schlimm. Wir hatten bereits einmal eine relativ grosse Schuld, kombiniert mit grossen Investitionen und man weiss, wofür man es macht. Wir haben mit dem Tiefzinsumfeld im Moment das perfekte Umfeld für die Schulden, also theoretisch eigentlich ideal. Doch praktisch sieht es anders aus. Wir würden schon der künftigen Generation resp. den künftigen Steuerzahlern gewisse Entscheidungen abnehmen, ob man sich verschulden will oder nicht. Ich weiss nicht, ob dies der richtige Ansatz wäre. Es gibt zwei Wege, zu mehr Steuereinnahmen zu kommen. Weg eins wäre, mehr Steuerpflichtige zu gewinnen. Vor zwei Wochen haben wir ausführlich vernommen, dass Projekte am Laufen sind. Doch bis ein Baustein gesetzt wird, fliesst noch viel Wasser in die Limmat. Weg zwei wäre mit den Steuereinnahmen mehr rauszuholen. Das bedeutet, dass gewisse Steuerfusserhöhungen auf der Einnahmenseite notwendig sind. Gebühreseitig werden immer wieder fantasievolle Ideen präsentiert. Doch in der Praxis zeigt sich, dass auf der Gebühreseite doch schon einiges umgesetzt wurde. Thema Pflegefinanzierung. Sie sehen im Rechnungsjahr 2014 einen Betrag von CHF 984'014. Heute stehen wir bei CHF 1,650 Mio. im Budget für 2018. Wir haben eine Kostensteigerung seit 2014 von 67.6 % gegenüber dem Budget 2018. Das sind über CHF 600'000 oder plus 3 Steuerprozent. Wie soll irgendjemand hier drinnen oder ein Mitglied des Grosser Rates erklären, wie eine Gemeinde das abfedern soll? Ich weiss es nicht. Wir können etwas herausholen, indem wir die Strassenbeleuchtung abstellen, indem wir nur alle vier oder sechs oder acht Wochen die Strassen reinigen, indem wir uns sonst einschränken und keinen Platz für schöne Sachen mehr haben etc. Das sind harte Realitäten. Diese Zahlen müssen dem Volk aufgezeigt werden. Das sind drei Steuerprozent, und niemand hier drinnen kann etwas dafür. Es hat viel zu wenig Leute aus der Gemeindeseite, welche im Grossen Rat Einsitz haben und Einfluss nehmen können. Thema Spitex. Die Leistung der Spitex steht für mich ausser Frage. Das ist eine Dienstleistung, welche sehr gut erbracht wird und ich habe überhaupt nichts gegen die Spitex. Ich glaube auch, unsere Spitex setzt so effizient wie nur möglich um. Die Realität ist aber auch, dass bei den Ausgaben Spitex eine Kostensteigerung von 44 % zu verzeichnen ist mit CHF 353'000. Das entspricht 1.5 Steuerprozent seit Rechnung 2014. Total sprechen wir von mehr als einer Million. Das wäre eigentlich nicht so schlimm, wenn die Einnahmen stimmen würden. Die Zahlen zu Kinderkrippen habe ich zusammengetragen. Von 2014 mit CHF 489'152 bis zum Budget 2018 mit CHF 522'000 weisen wir eine Kostensteigerung von 6.72 % auf. Ich bin froh, dass der Gemeinderat den Input der Finanzkommission aufgenommen hat und die Info-Veranstaltung zum Thema ausserfamiliäre Kinderbetreuung, aber auch zur Spitex, durchführte und dass Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte dieser Einladung Folge leisteten. So wurden die Informationen aus erster Hand übergeben. Die Finanzkommission stellt fest, dass sehr kompetente Leute zur Verfügung stehen, welche auf unsere zum Teil naiven Fragen kompetente Auskünfte erteilen können. Wir haben ein gutes Gefühl, auch wenn die Kosten eher gestiegen sind. Thema Steuern. Ich hoffe sehr, dass diese Folie hier bei Ihnen, liebe Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, und auch bei den Gästen in Erinnerung bleiben wird, dann habe ich meine Mission für heute schon fast erfüllt. Die Rechnung 2013 kumuliert rund CHF 27 Mio. Steuereinnahmen. Es zeigt ein etwas verzerrtes Bild, weil wir im Jahr 2013 noch die Million Sonderfaktor hatten, welche wir zwei Jahre hatten. Wir hatten doch einen Steuerertrag von CHF 27 Mio. Im Jahr 2014 zeigte sich der Einbruch der budgetierten Steuereinnahmen von CHF 26.5 Mio. auf CHF 24.86 Mio. Betrachten wir nun das Budget 2018, dann stehen wir bei geplanten Steuereinnahmen von CHF 25.68 Mio. Das heisst, 2013 CHF 27.1 Mio. abzüglich CHF 1 Mio. Sonderfaktor ergibt CHF 26.1 Mio. Jetzt stehen wir bei CHF 25.6 Mio. und das, obwohl der Steuerfuss von 98 % auf 105 % erhöhen werden. 7 % Steuerfusserhöhung! Wir stehen damit noch nicht auf dem Level vom Jahr 2013. Das ist brutal. Es zeigt, wir haben ein Problem bei der Qualität der Einnahmen. In einer perfekten Welt hätten wir bei den Steuern eine gewisse Konstanz mit einem leichten Anstieg und durch eine Steuerfusserhöhung würden die Mittel generiert, welche für Sonder-

ausgaben etc. gebraucht würden. Doch wir haben das Pech, dass wir nicht in einer perfekten Welt leben. Durch die ganzen Steuerfusserhöhungen, welche wir machen, erreichen wir trotzdem nicht den Level, den wir hatten. Das ist hart. Das letzte Mal hatte Christine einen sehr emotionalen Outburst zum Thema Steuererhöhung. Ich habe dies als Auslöser genommen und mir daraufhin Gedanken zum Thema Steuerfuss, Elastizität des Steuerfusses gemacht und versuche nun auch, philosophisch etwas zu sagen. Ein Steuerfuss kann man theoretisch dauernd anheben. Ich bin im Fricktal aufgewachsen. Es gibt dort noch Landgemeinden mit einem Steuerfuss von über 120 %. Das Problem dort ist ihre Strukturschwäche, keine oder wenig gute Steuerzahler. Diese Gemeinden brauchen diesen Steuerfuss. Nachteil ist, dass es wenig attraktiv ist in eine solche Gemeinde zu ziehen. Meine Grosseltern haben in Asp/Densbüren gelebt. Ich hätte die Chance gehabt, deren Haus zu übernehmen nach deren Tod. Nebst der abgelegenen Lage war damals zugegebener Massen auch das Thema Steuern mitentscheidend, mir das nicht anzutun. Denn es ist ja klar, eine Steuersenkung ist nicht möglich, höchstens bei einer Fusion mit Aarau. Der Elastizität des Steuerfusses sind irgendwann Grenzen gesetzt. Das Problem dieser Grenzen liegt darin, niemand kennt sie. Wieso ist diese Grenze so wichtig? Die Grenze ist wichtig, weil ab einem gewissen Punkt gewisse Steuerzahler auch ihre Limiten haben. Es ist wohl lässig, Tagesstrukturen, ein Schwimmbad, gute Anbindungen an den öffentlichen Verkehr, gute Verbindungen zum Bahnhof und Flughafen zu haben. Aber bei 115 % Steuerfuss ist das Mass voll. Ziehen solche Steuerzahler, welche eher etwas mehr an Steuern bezahlen, aus unserer Gemeinde weg, dann verlieren wir unter Umständen bereits ein Steuerprozent oder Mehr an Einnahmen. Es gibt für uns in der Politik ein gewisses Wissen, dass man den Steuerfuss nicht ins Unendliche ansteigen lassen darf. Meine Botschaft: diese Limite möchte ich nicht testen. Überschreiten wir diese Limite, dann haben wir noch gröbere Probleme und ich weiss dann wirklich nicht mehr, wie diese zu lösen wären. Weitere Themen Sporthalle und Hauswarte. Wir haben uns informieren lassen. Wir hatten den Eindruck zurück auf Feld eins, zumindest bei den Hauswarten. Für den baulichen Unterhalt, das wurde im Bericht erwähnt, unterstützt die Finanzkommission, dass der Parkettboden im Gemeindesaal nun gemacht wird. Diese Arbeiten wurden nach hinten verschoben. Doch wenn die notwendigen Arbeiten noch einmal ein Jahr nach hinten verschoben werden, dann ist der Boden kaputt und müsste dann ganz erneuert werden. Dies zeigt für mich ein Beispiel auf, dass es richtig ist, über eine gewisse Zeit Investitionen oder Ausbesserungen nach hinten zu verschieben. Doch einmal kommt der Zeitpunkt, wo es nicht mehr geht. Das sehen wir heute bei einem oder zwei Projekten. Ein Thema hier im Einwohnerrat sind die Globalanträge. Globalanträge heisst zum Beispiel, Honorare, Kostenstelle, pauschal sei um 10 % zu kürzen. Wo genau dann gekürzt wird, wäre Sache des Gemeinderates. Wir haben von Gemeindeschreiber Anton Meier schon mehrmals gehört, dass das nicht möglich ist. In der Arbeitsgruppe Finanzen war das ein offener Punkt. Ich habe mich nun mit dem Rechtsdienst der Gemeindeabteilung in Verbindung gesetzt und ich habe folgende Antwort erhalten:

*„Aus AGVE 2011, S. 467: Zu den Aufgaben und Befugnissen der Gemeindeversammlung gehören gemäss § 20 Abs. 2 lit. a und c GG die Festlegung des Voranschlags und des Steuerfusses sowie die Beschlussfassung über Verpflichtungskredite und neue, jährlich wiederkehrende Ausgaben. Diese Befugnisse sind wegen der ihnen zukommenden Bedeutung nicht an ein anderes Gemeindeorgan delegierbar. Daraus ergibt sich die umfassende und ausschliessliche Finanzhoheit der Gemeindeversammlung. Aus dieser Kompetenzzuweisung resultiert auch, dass die Versammlung den Budgetvorschlag, der ihr vom Gemeinderat gestützt auf § 37 Abs. 2 lit. a GG zu unterbreiten ist, nicht bloss annehmen, ablehnen oder zurückweisen, sondern auch materiell gestalten kann.“*

*Für den Einwohnerrat gilt das Gleiche.*

*Es sind für die Budgetbeschlussfassung zwei Hauptaspekte zu berücksichtigen:*

*1. Die Traktandenbezogenheit: Aus AGVE 2011, S. 469: Infolgedessen lässt auch das Traktandum Voranschlag nicht alle Anträge zu, die sich begrifflich damit verbinden lassen, indem sie Einnahmen oder Ausgaben betreffen. Zulässig sind, als Ausfluss des Grundsatzes der ordnungsgemässen Ankündigung, vielmehr auch hier nur Anträge, die mit dem konkreten Inhalt*

des unterbreiteten Voranschlags in einer sachlichen Beziehung stehen. Sie müssen Bezug haben zu einem bestimmten im Voranschlag enthaltenen Budgetposten. Dies besagt, dass einzig solche Anträge traktandenbezogen sind, die darauf abzielen, einen konkreten Budgetposten zu streichen oder betragsmässig zu erhöhen resp. herabzusetzen, nicht aber solche, die „neue“ Budgetposten einführen sollen (vgl. AGVE 2000, S. 533; 1992, S. 490; 1986, S. 489; 1984, S. 630).

2. Die grundsätzliche Nichtabänderbarkeit gewisser Positionen (also die gebundenen Ausgaben nach § 84c GG): Gebundene Ausgaben können nicht gestrichen werden. Damit würden § 87a und § 87d des Gemeindegesetzes verletzt.

Aus diesen zwei Grundsätzen folgt für mich, dass Änderungen auf Stufe Einzelkonto erfolgen müssen. Nur dann sind diese sachbezogen (Aspekt 1) und nur dann kann überprüft werden, ob damit nicht gebundene Ausgaben gestrichen oder gekürzt werden (Aspekt 2).

Es ist weiter zu beachten, dass im Bereich der nicht gebundenen Ausgaben erst mit dem konkreten Budgetkredit dem Gemeinderat die Berechtigung erteilt wird, Verpflichtungen in der beschlossenen Höhe zu tätigen (vgl. § 90b GG). Jeder Kredit ist die Bewilligung, für einen bestimmten Zweck bis zu einem bestimmten Betrag finanzielle Verpflichtungen einzugehen (§ 90a GG). Insofern muss der Einwohnerrat für jede einzelne Position die Ausgabe bewilligen. Dieser Verpflichtung kommt der Einwohnerrat nicht nach, wenn er dem Gemeinderat überlassen will, wo er Einsparungen vornehmen soll. Pauschale Kürzungen auf Stufe Kostenart sind deshalb nicht zulässig. Schliesslich ist auch zu beachten, dass Übertragungen von einem Konto auf ein anderes Konto nicht erlaubt sind. Das schliesst etwa auch einen Ausgleich innerhalb einer Kostenart aus.“

Wenn Honorare gekürzt werden sollen, dann muss man das bei jeder einzelnen Dienststelle beantragen. Pauschalanträge sind nicht möglich. Nun ist das geklärt. Die findigen Leser unseres Berichtes haben bemerkt, dass die Finanzkommission die Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat etwas kritisch beurteilt. Wir fühlten uns dieses Mal vom Gemeinderat nicht so ernst genommen. Besteht eine solche Situation, dann stehen sich immer zwei Parteien gegenüber. Wir als Finanzkommission nehmen ein Teil dieser Schuld auf uns. Doch uns ist klar, die Finanzkommission möchte wieder ernster genommen werden und hat entsprechende Erwartungen, dass dies in der nächsten Legislatur verbessert wird. Die Steuerfusserhöhung ist ein Muss. Wir kommen nicht darum herum. Kommt die Steuerfusserhöhung, ist trotzdem kein Platz für nice to have-Sachen. Es ist absolut wichtig zu wissen, dass keine zusätzlichen Fixkosten aufgebaut werden. Das ist mit ein Grund, warum wir von der Finanzkommission gegen die Pensen-Erhöhungen sind. Ich habe in der Finanzkommission über die Steuerfusserhöhung abstimmen lassen. Die Finanzkommission steht einstimmig hinter der Steuerfusserhöhung auf 105 %. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigte, dass das sicher kein Spaziergang sein wird. Wir müssen dem Stimmvolk klarmachen, dass der Steuerfuss auf 105 % festzulegen ist. Wir brauchen die 105 %. Wird hier von Euch ernsthaft ein Steuerfussprozent tiefer gefordert, dann will ich wissen, wie konkret mit welchen Franken wo CHF 220'000 gespart werden können. Ich erwarte vom Gemeinderat, dass er die Bevölkerung geschlossener, früher und vielleicht auch mit etwas mehr Engagement versucht zu überzeugen, dass eine Steuerfusserhöhung unumgänglich ist. Jenen Einwohnerräten, welche heute sagen, sie stehen hinter der Steuerfusserhöhung, sage ich: wage den Talk und setzt Euch für die Steuererhöhung ein. Jeder kann natürlich machen, was er will. Doch aus Sicht der Finanzkommission haben wir keinen weiteren Spielraum. Auch mit einer Steuerfusserhöhung haben wir keinen Platz für irgendwelche Träumereien oder Luftschlösser.

**Linus Egger, Gemeinderat:** Ich versuche anhand von Zahlen die Steuerfusserhöhung zu begründen. Ich nehme aber die Gelegenheit wahr, Ihnen gewisse Prognosen für dieses Jahr bekannt zu geben. Aus heutiger Sicht werden die Steuereingänge 2017 um rund CHF 300'000 tiefer ausfallen als budgetiert. Bei den natürlichen Personen liegen wir rund eine halbe Million unter Budget, bei den Quellensteuern eine Viertelmillion. Die Aktiensteuern liegen mit CHF 170'000 und die Erbschafts- und Schenkungssteuern mit CHF 250'000 über Budget. Zudem

werden noch Diverses mit CHF 86'000 ausgewiesen. Wir sind zuversichtlich, dass wir das Resultat mit Minus CHF 300'000 bei den Steuern erreichen werden. In Zukunft können wir aber nicht damit rechnen, dass Erbschafts- und Schenkungssteuern weiterhin in diesem Ausmass anfallen werden. Auf der Folie sehen Sie aufgezeichnet die Einkommens- und Vermögenssteuern, rot zeigt die Rechnung und blau das Budget. Mit der Erhöhung des Steuerfusses auf 105 % liegen wir bei den Steuereinnahmen auf der Höhe der Jahre 2011/2012.

Vorgaben: Beim Sach- und Betriebsaufwand war die Vorgabe für das Budget 2018, die Rechnung 2016 ohne Jugendfest, minus 2 %. Wer das nicht umsetzen kann, muss einen Antrag an den Gemeinderat stellen und den Sach- und Betriebsaufwand in Kategorien A, B und C aufteilen. Will er etwas im Budget aus der Kategorie B im Budget enthalten haben, muss zuerst geprüft werden, ob etwas aus der Kategorie A gestrichen werden kann. Wenn dies nicht möglich ist, ist eine Begründung abzugeben mit den entsprechenden Auswirkungen. Diese Vorgaben waren allen bekannt, von den Eigenwirtschaftsbetrieben, der Verwaltung bis zur Schule. Die Elternbeiträge bei der Musikschule betragen 55 % plus Verwaltungszuschlag. Früher hatten wir 50 % plus Verwaltungszuschlag. Die Gemeinde Obersiggenthal erhebt im Verein Musikschule den höchsten Elternbeitrag. Alle anderen Gemeinden verlangen 50 %. Der Gemeinderat legte fest, die Saläransparungen wie folgt zu budgetieren: generell und individuell 0.50 % mit der Begründung, dass in den vergangenen zwei Jahren keine generellen und individuellen Lohnanpassungen vorgenommen wurden. Der Gemeinderat ist der Meinung, es wäre angebracht, ein Zeichen zu setzen. Strukturell wie jedes Jahr haben wir 0.4 % budgetiert. Diese 0.4 % werden vor allem verwendet für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche befördert oder einem Schulabschluss nachweisen können. Die Finanzkommission ist der Meinung, dass der strukturelle Prozentsatz jedes Jahr zwischen Null und einem Prozent neu festgelegt werden soll. Null, das kann ich jetzt schon sagen ist unrealistisch, Beförderungen oder Schulabschlüsse haben wir immer wieder. Wir werden diesen Punkt sicher prüfen. Wir sind aber der Meinung, dass wir das kontinuierlich mit 0.4 % über die Jahre belassen sollten. Bis jetzt waren wir mit diesem Wert eher tief.

Noch Informationen zur Korrektur zur Erfolgsrechnung. Meine Kollegin Marie-Louise Nussbaumer wird im zweiten Teil einen Antrag stellen, Sanierung Bandraum im Jugendhaus über CHF 10'000. Dieser Raum war in der Kategorie B enthalten. Nachdem Schimmel entdeckt wurde, kann der Raum in diesem Zustand nicht mehr vermietet werden. Im Budget sind Mieteinnahmen von CHF 3'000 eingestellt worden. Stimmen Sie dem Antrag nicht zu, dann müssten die Mieten gestrichen werden. Der zweite Punkt ist eine Information. Vor 14 Tagen haben Sie die Sanierung Brandschutztüren mit CHF 39'000 bewilligt. Diese Sanierung ist gemäss Gebäudeversicherung notwendig. Dieser Betrag liegt unter der Limite des Investitionsbetrages von CHF 75'000. Wir werden den Ausbau Brandschutztüre ins Budget 2018, Konto: 3410.3144.00, aufnehmen. Über diese Änderung muss nicht mehr abgestimmt werden. Es ist eine Information, Ihre Zustimmung erfolgte vor 14 Tagen. Nun etwas zu den Nettokosten Gesundheit und Soziale Sicherheit. (Linus Egger präsentiert eine Folie). Gesundheitskosten: Die Werte steigen im Zeitraum Rechnung 2014 von CHF 2.3 Mio. auf rund CHF 3 Mio. im Budget 2018. Warum erst ab 2014? Ab 2014 wird mit dem HRM2-Modell abgerechnet. Vergleiche zu früheren Jahren sind nicht möglich wegen den Verschiebungen. Soziale Wohlfahrt: Im Jahre 2014 haben wir rund CHF 4.6 Mio. und diese steigen auf CH 5.6 Mio. im Budget 2018. Zählen wir beide Zahlen zusammen, dann sehen wir eine Kostensteigerung im 2014 von rund CHF 6.841 Mio., welche auf rund CHF 8.4 Mio. Budget 2018 ansteigen. In Steuerprozenten umgerechnet geht das einfach. Sie rechnen mit CHF 200'000 als ein Steuerprozent. Ich präsentiere bewusst die Bildungskosten. Wir haben immer das Gefühl, bei der Bildung kann man sparen. Betrachten Sie die Zahlen von CHF 8.2 Mio. im Jahr 2014 und Budget 2018 CHF 8.1 Mio. Die Schule hat ihre Hausaufgaben gemacht und sie präsentieren ein Budget trotz höheren Schülerzahlen mit Kosteneinsparungen. Die Schule ist überzeugt, mit diesem Budget auszukommen. Nun etwas zu den Betriebskosten der Einwohnergemeinde mit der gleichen Zeitspanne Rechnung 2014 bis Budget 2018. In den Personalkosten sind im Budget 2018 die Pensionerhöhung enthalten plus Saläransparungen von 0.5 % und strukturell minus Auslagerung Beistandschaften. P 2017 bedeutet Prognosen. Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir Sie bereits in der Junisitzung ausführlich darüber informiert haben, dass die Personalkosten beim Sozialdienst, Bau- und Planung und bei den Hauswarten den Budgetwert überschritten wer-

den. Genau gleich beim Sach- und Betriebsaufwand wegen Anstellung von Temporärpersonal. Im Budget werden die Abschreibungen aktiv, wenn die jeweiligen Kreditabrechnungen genehmigt wurden. Der Transferaufwand stieg von CHF 17.6 Mio. auf CHF 18.2 Mio. Das ist eine markante Steigerung. Das sind Positionen, welche nicht gross beeinflussbar sind. Wir können einen Teil bei den Personalkosten und beim Sach- und Betriebsaufwand beeinflussen. Betrachten wir den Sach- und Betriebsaufwand im Rechnungsjahr 2014 mit CHF 4.8 Mio. und nun im Budget 2018 CHF 4.3 Mio. Das zeigt auf, es wurde sehr viel gestrichen. Ich erinnere Sie, in den CH 4.3 Mio. ist auch der Unterhalt der Gebäude enthalten. Unsere Gemeinde hat beim Gebäudeversicherungsamt einen Versicherungswert der Gebäude zwischen CHF 115 Mio. und CHF 120 Mio. versichert. Wir weisen einen Unterhaltswert von CHF 1.5 Mio. bis CHF 1.8 Mio. aus. Dieser Wert liegt meiner Meinung nach eher an der unteren Grenze. Sie haben ja bereits heute gesehen, bei gewissen Positionen müssen Nachtragskredite gestellt werden. Ich bitte Sie zur Kenntnis zu nehmen, dass die Verwaltung und der Gemeinderat im Sach- und Betriebsaufwand einiges umsetzte und nach Sparmöglichkeiten suchte. Auf einer Folie zeigt Linus Egger die Nettoschuld der Einwohnergemeinde ab 1994. Im Jahre 1997 lag unser Steuerfuss bei 95 %, es folgte eine Erhöhung auf 98 %, dann eine Senkung auf 96 % und wieder eine Erhöhung auf 98 %. In den letzten zwei Jahren betrug der Steuerfuss 103 % und jetzt werden 105 % beantragt. Jedes Prozent tiefer hebt die Nettoschuld um CHF 200'000 an. Beim Selbstfinanzierungsgrad ist 100 % anzustreben. In einer vorher gezeigten Folie konnten Sie sehen, dass wir im Jahr 2018 einen Selbstfinanzierungsgrad von 100 % ausweisen, nachher bei weitem nicht mehr. Der Selbstfinanzierungsanteil beträgt im Budget 2018 6.9 %. Der Prozentwert sollte nicht unter 15 % sein. Die Nettoschuld pro Einwohner beträgt im Budget 2018 CHF 1'840. Der Betrag sollte nach Kantonsvorlage CHF 2'500 nicht übersteigen. Der hier aufgezeigte Betrag der Nettoschuld 2018 ist ein anderer Wert, als vorhin im Aufgaben- und Finanzplan aufgeführt. Ich habe die Gründe bereits bekannt gegeben. Eine Steuerfusserhöhung von 103 % auf 105 % ist notwendig. Es muss weiterhin das Notwendige vom Wünschbaren getrennt werden. Die beeinflussbaren Kosten sind relativ gering. Ich habe Ihnen diese vorhin aufgezeigt. Zukünftige Investitionen wie Schwimmbadsanierung, Schulhausneubau, Gemeindehauserweiterung und grössere Strassensanierungen sind ohne Steuerfusserhöhung nicht finanzierbar. Die Schwimmbadsanierung wird im nächsten Jahr auf uns zukommen. Dieses Sanierungsprojekt wird dem Volk zur Abstimmung vorgelegt, weil die Summe der Sanierung über CHF 2 Mio. liegt. Der Einwohnerrat kann bis CHF 2 Mio. entscheiden. Dann wollen wir sehen, was das Volk zu einer Schwimmbadsanierung von etwas über CHF 3 Mio. sagen wird.

**Dieter Martin, Gemeindeammann:** Ich möchte zu einigen Punkten und Anträgen der Finanzkommission Stellung nehmen. Sie kennen den Bericht der Finanzkommission. Ich sage etwas zur Situation Hauswarte, zur Kostenstruktur in der Sporthalle, zum Stellenplan und Pensenerhöhungen bei der Abteilung Bau und Planung, Abteilung Finanzen und Hauswarte. Ich gehe davon aus, dass die Stellenerhöhung, welcher der Einwohnerrat vor zwei Wochen im Zusammenhang mit der Abteilung Soziales beschlossen hat, heute nicht mehr in Frage gestellt wird. Ich gehe auf den Personalaufwand ein in Bezug auf die Saläranpassung und ich möchte etwas sagen zu den strukturellen Anpassungen. Am Schluss komme ich zu den beiden Anträgen zu diversen Aufwand- und Ertragspositionen zu sprechen. Nun zu der Situation bei den Hauswarten. Aufgrund der gemachten Erfahrungen wird auf die Anstellung eines Leiters Techn. Dienste/Liegenschaften verzichtet. Stattdessen wird diese Aufgabe durch die Leiterin Hochbau direkt wahrgenommen. Die übrigen Empfehlungen aus dem Bericht DAS Beratung GmbH werden weitgehend umgesetzt. Dieser Prozess ist in Bearbeitung und noch nicht abgeschlossen. Wir haben im Frühling dieses Jahres die Abgänge von zwei Schlüsselpersonen bei den Hauswarten verzeichnen müssen, doch im Juni und im August konnten diese beiden Stellen besetzt werden. Dazwischen waren die verbliebenen Hauswarte und insbesondere auch die Leitung Hochbau besonders gefordert. Zudem braucht es für die neuen Hauswarte eine gewisse Einarbeitungszeit. Ein Wort zur Kostenstruktur bei der Sporthalle. Wir sehen, es ist alles in Bewegung, Massnahmen sind geplant, beispielsweise die nachmittägliche Kontrolle, welche bis jetzt täglich statt fanden zwischen Schule und Vereine, fallen weg. Es wird kein Hauswart vor Ort sein, ausser es besteht eine Aufgabe, welche erledigt werden muss. Es ist geplant, dass der zweite Hauswart, André Salathe, welcher pensioniert wurde, nicht gleichwertig

ersetzt wird, sondern nur zum Teil mit Springern, welche für gewisse Unterstützungen der Sporthalle zugutekommen. Es ist geplant, Mehreinnahmen vorzusehen. Die Vermietungspreise sollen angepasst werden. Im Vergleich zu anderen Gemeinden haben wir festgestellt, dass wir mit unseren Preisen sehr moderat sind. Es ist auch vorgesehen, zurzeit finden Gespräche statt, dass sich insbesondere der Sportclub Siggenthal an der Harzreinigung in irgendwelcher Form beteiligen muss. In Bezug auf alle Liegenschaften werden einheitliche Reinigungsstandards eingeführt. Die Arbeitsverteilung der Hauswarte wurde optimiert und es ist auch eine Pikettorganisation im Aufbau. Ich sage etwas zur Pensenerhöhung bei der Abteilung Bau und Planung. Zur Begründung der beantragten 0.2 Stellen-% beim Hochbau möchte ich etwas ausholen. Im Jahr 2002 wurde auch die Führung der Hauswarte dem damaligen Leiter Hochbau zusätzlich zu all seinen anderen Aufgaben zugeordnet. Damit war dieser verantwortlich für Hochbau mit Baurecht, Beratung, Baugesuchen, baupolizeiliche Kontrollen, Liegenschaften mit Liegenschaftsunterhalt und neu der Liegenschaftsbetrieb mit den Hauswarten. Hier möchte ich erwähnen, dass sich im Laufe der Zeit das Baurecht verändert hat, die Baugesuche wurden immer komplexer, die Beratungen aufwändiger und die Einsprachen nahmen mit der inneren Verdichtung zu. Die Arbeiten Hochbau mit den baurechtlichen Fragen sowie die Arbeiten des Liegenschaftsunterhaltes wurden in einer guten Qualität erbracht. Der damalige Leiter Hochbau musste bei den baupolizeilichen Kontrollaufgaben und insbesondere bei der Führung der Hauswarte aufgrund seiner eigenen Kapazitätsgrenze klar Abstriche machen und hat diese auch gemacht. Obwohl er wiederholt darauf aufmerksam gemacht hatte, dass er durch diese zusätzliche Belastung seine Arbeit nicht mehr in allen Teilen so erbringen konnte, wie es eigentlich nötig gewesen wäre, wurde seitens der Führungsverantwortlichen und insbesondere vom Gemeinderat nicht auf seine Hinweise reagiert. Nach dem Wechsel des Leiters Hochbau und auch durch den Wechsel bei der Hauswartung sind die Mängel in den vorgenannten Teilgebieten deutlich zu Tage getreten. Um diese Situation nun nachhaltig zu bereinigen hat der Gemeinderat beschlossen, diese Pensenerhöhung von 0.20 Stellenprozent beim Hochbau zu beantragen. Auf dieser Folie sehen Sie, mit welchen pensenspezifischen Massnahmen dieser ungenügende Zustand im Hochbau behoben werden soll. Für die baupolizeilichen Aufgaben und für die Führung der Hauswarte sollen 40% eingesetzt werden, 20% durch interne Aufgabenverschiebungen, innovativ, wie der Präsident Finanzkommission schon lange anregte und wünschte, und die andern 20% durch die beantragte Pensenerhöhung. Wir haben zusätzliche Liegenschaften, wir haben aufwändige Verfahren und neue Gesetzgebungen und insbesondere für die Führung der Hauswarte brauchen wir diese Kapazität. Die Vernachlässigung der baupolizeilichen Aufgaben führte zu zahlreichen Vergehen wie zum Beispiel Bauen ohne Baubewilligung oder Nichteinhalten von Bauauflagen etc. Die Folgen davon sind Nachbarschaftsstreitigkeiten, langwierige Rechtsverfahren und Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Hier ein Beispiel: Der Leiter Hochbau wurde von einem Liegenschaftsbesitzer gerufen, um eine Parkierungssituation auf dessen Nachbarsgrundstück anzusehen. Bei dieser Gelegenheit hat der Leiter Hochbau auch einen Blick auf das Grundstück des Anrufers geworfen und nach 12 Jahren erkannt, dass zwischen den Parkfeldern Bäume fehlten, das heisst, die Baubewilligung wurde nicht wie bewilligt umgesetzt. Dieses Beispiel zeigt auf, dass, wenn Arbeiten vernachlässigt wurden und keine Reklamationen vorlagen, Probleme gar nicht erkannt werden konnten. Ich habe daraufhin ein Telefon bekommen mit der Mitteilung, dass ein solches Vorgehen fragwürdig wäre! Grundsätzlich handelt es sich hier um ein Führungsproblem. Der Bedarf wurde jahrelang ignoriert. Darum ist es umso wichtiger, dass diese Situation nun korrigiert werden kann. Die 20 Stellenprozent bei der Abteilung Bau und Planung sind nötig, um alle Aufgaben vollumfänglich wahrzunehmen, um die stetig steigenden Anforderungen im Baurecht und die Führung der Hauswarte gerecht zu werden. Auch bei der Abteilung Finanzen gibt es ebenfalls schon längere Zeit einen Engpass. Dieser hat sich durch den krankheitsbedingten Ausfall des Leiters Finanzen wegen Überlastung im Jahr 2015 besonders bemerkbar gemacht. Die Firma BDO wurde daraufhin mit einer Analyse der Abteilung beauftragt. In ihrem Analyse-Bericht hat die BDO dargelegt, dass die Abteilung um mindestens 20-40 Stellenprozent unterdotiert ist. Dies wurde auch unterstrichen durch einen Vergleich mit andern Gemeinden. Die Einführung von HRM2 ist mit zusätzlichem Mehraufwand verbunden zum Beispiel in Bezug auf die Anlagenbuchhaltungen und den Beteiligungsspiegel. Mit der Stellenaufstockung sollen insbesondere der Leiter und seine Stellvertreterin für

andere wichtigere Aufgaben wie zum Beispiel IKS, Controlling/Reporting, Steuerbezüge entlastet werden. Ich frage mich nun, ist es richtig, wenn sich der Einwohnerrat auf diese inhaltlichen Argumente nicht einlässt und wie die Finanzkommission nur aus reiner Kostensicht wichtige, organisatorische Veränderungen nicht zulassen will?

Ich habe verschiedentlich aus Leserbriefen entnommen, die Gemeinde sei nicht geführt. Mit einem Nein würde der Einwohnerrat diese Führungsmassnahme und damit verlangte Verbesserungen und positive Veränderungen verhindern. Eines möchte ich Ihnen an dieser Stelle sagen, man braucht als Gemeindeammann eine gewisse Zeit, sich einen vertieften Überblick in der Verwaltung zu verschaffen und auch um Veränderungen herbeizuführen. Wenn die Organisation nicht stimmt, kann nicht das Personal dafür verantwortlich gemacht und mit einem Nein gar noch bestraft werden. Beim Hochbau und bei der Abteilung Finanzen handelt es sich eindeutig um Altlasten, die nun endlich behoben werden müssen. Erlauben Sie mir noch einige Bemerkungen zur Pensenerhöhung bei den Hauswarten. Aus dem Budget 2018 haben Sie gelesen, dass zwei neue Liegenschaften dazukommen. Das Plus von 5% Stellenerhöhung bei den Hauswarten ist auf die Übernahme von diesen zusätzlichen Liegenschaften, das Doppelkindergarten-Provisorium und ein Teilmandat beim Chinderhuus Goldiland zurückzuführen. Das Doppelkindergarten-Provisorium wird mit 20 % gerechnet, doch dieses Pensum konnte durch interne Pensenschiebung neutralisiert werden. Das Teilmandat vom Goldiland beträgt 5 %. Diese 5 % werden dem Chinderhuus Goldiland in Rechnung gestellt. Darum entstehen dadurch keine zusätzlichen Kosten. Werte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte ich bitte Sie, im Sinne meiner Erwägungen den Anträgen des Gemeinderates, die Pensen um zusätzlich total 0.45 Stellen-% aufzustocken, zuzustimmen.

Nun noch einige Bemerkungen zum Personalaufwand, Saläranpassung 2018. Wie Linus Egger bereits darlegte, erfolgte die letzte Erhöhung im Jahr 2015 + 0.5 % individuell, leistungsbezogen. In den letzten beiden Jahren 2016 und 2017 gab es Nullrunden. Wir haben festgestellt, dass die Mitarbeiter trotzdem gute Arbeitsleistungen in der Verwaltung erbringen. Unser Lohnsystem ist leistungsorientiert. Bei Nullrunden funktioniert die Leistungsdimension nicht. Die Folgen sind mittelfristig Demotivation und konsequenterweise ist dies meistens mit Personalwechsel verbunden. Es gibt immer Gemeinden, welche Leute suchen. Mit einem Personalwechsel sind grosse Ausgaben verbunden, einerseits mit der Personalsuche und andererseits mit der Einarbeitung der neuen Person. Es werden oft jüngere Leute angestellt und dies ist verbunden mit einer zusätzlichen Ausbildung. Diese Kosten können sogar eine Saläranpassung übersteigen. Einige Bemerkungen zur strukturellen Anpassung. Ich bestätige Linus in seinen Aussagen. Die Finanzkommission regte an, man solle besser den effektiven Begebenheiten den Prozentsatz anpassen. Strukturelle Anpassungen erfolgen bei Funktionswechsel wie zum Beispiel, eine Person wird zum Stellvertreter nominiert, jemand schliesst eine Ausbildung ab oder es wird festgestellt, dass im Lohngefüge eine Schiefelage besteht und eine Anhebung des Lohnes muss erfolgen. Dies kann zum Beispiel der Fall mit einer Neuanstellung einer Person sein, die neugewählte Person wird mit einem höheren Lohn angestellt als eine bereits länger angestellte Person. Für solche Situationen sind die strukturellen Anpassungen auch vorgesehen. Solche Veränderungen sind oft nicht planbar. Die 0.4 % sind ein Mittelwert. Diesen Mittelwert hatte die BDO in ihrem Bericht empfohlen, anzuwenden. Der Gemeinderat möchte festhalten, dass sich die effektiven Begebenheiten nicht berechnen lassen.

Nun einige Bemerkungen zur Verwaltungsliegenschaften von CHF 15'000, Gesamtplanung Bachmattareal. Ich will Ihnen aufzeigen, worum es hier geht. Es besteht Handlungsbedarf beim Gemeindehaus, in der Dorfbibliothek, im Strübelihuus. Beim Gemeindehaus sprechen wir über einen Erweiterungsbedarf, bei der Dorfbibliothek handelt es sich um eine alte Liegenschaft, welche Isolationsmängel aufweist und ebenso bei der alten Liegenschaft Strübelihuus. Seit der Eröffnung Chinderhuus Goldiland kann das Strübelihuus nicht mehr vermietet werden, es müsste zuerst renoviert werden. Die Planungskommission bekommt den Auftrag, dem Gemeinderat zum Bachmattareal Vorschläge zu unterbreiten, beispielsweise Sichtung und Analyse bevorstehender Planungen, künftige Nutzung, Zielvorstellungen, Investitions- bzw. Erhaltungsmaßnahmen, Umsetzung von Nutzungsbedürfnissen der Gemeinde. Daraus leitet der Gemeinderat weitergehende Planungsaufgaben ab, welche mit den CHF 15'000 bestreiten will.

Nun noch einige Informationen zu den CHF 30'000 zur Neuausschreibung Friedhofgärtner. Der Gemeinderat ist der Meinung, es wäre jetzt nötig, eine Grundlagenüberarbeitung vorzunehmen. Der aktuelle Auftrag an den Friedhofgärtner stammt aus dem Jahre 2011. Der Belegungs- und Entwicklungsplan stammt aus dem Jahr 2002 und ist eine reine Papierlösung. Es fehlt ein Pflege- und Unterhaltsplan. Es wird nach sogenannten Normpositionen gearbeitet. Normpositionen sind Zusammenzüge zum Beispiel für m<sup>2</sup> Rasenflächen. Eine eigentliche Kontrolle der verrechneten Arbeiten ist praktisch nicht möglich. Wir erhoffen uns aufgrund der Erneuerung, digitalisierte Unterlagen und eine bessere Kontrolle. Wir können die Kosten des Friedhofgärtners besser thematisieren und identifizieren. Diese Arbeiten können für eine neue Submission verwendet werden. Wir wären dann in der Lage, einen Eigenleistungsvergleich versus externe Vergabe zu machen. Wir wären auch in der Lage, das Friedhofreglement aus dem Jahr 2000 zu aktualisieren. Falls Sie, wer te Einwohnerinnen und Einwohner, diesen Budgetbetrag ablehnen, muss die Verwaltung weiterhin auf der veralteten Basis weiterarbeiten. Darum bitte ich Sie dem Antrag des Gemeinderates zu Gunsten ein aktualisiertes Friedhofswesen zuzustimmen.

**Ursula Haag:** Du hast Dich schon recht zu den Details im Budget 2018 geäußert. Zuerst kommen wir nun zu den Fraktionsmeinungen, welche allgemein zum Budget 2018 Stellung beziehen können.

**Marcel Müller:** Ich habe einige Bemerkungen zu den gezeigten Folien von Peter Marten und Linus Egger. Es wurden immer die Ausgaben für die Jahre 2014 bis 2018 aufgeführt, bei den Einnahmen jedoch die Jahre 2013 bis 2018. Im 2013 sind sehr hohe Steuererträge ausgewiesen. Peter erwähnte, wir hatten ausnahmeweise zwei Mal eine Million. Ich möchte darum bitten, das Jahr 2013 bei den weiteren Diskussionen nicht beizuziehen. Das Bild zu den Steuereinnahmen präsentiert sich dramatisch, von 2013 mit Steuereinnahmen von CHF 27 Mio., dann fallen die Einnahmen auf CHF 24 Mio. ab, heute liegen wir etwa bei CHF 25 Mio. Das Rechnungsjahr 2013 war ein ausserordentliches Jahr. Wir wussten immer, es folgen zwei Jahre zusätzliche Einnahmen von CHF 1 Mio. und nachher nicht mehr. Bitte 2013 nicht mehr zur Diskussion verwenden, weil die Steuereinnahmefälle sonst zu dramatisch dargestellt werden und meines Erachtens nicht ganz korrekt der Stimmbevölkerung gegenüber. Der zweite Punkt betrifft die Budgetierung. Sie wurde immer zu hoch angesetzt, warum auch immer. Damals wusste man bereits, dass die Löhne in der Privatwirtschaft stagnieren. Wenn Leute gezwungenermassen den Job wechseln müssen, was immer öfters der Fall ist, dann geht dies oft mit Lohneinbussen zwischen 20 % bis 40 % einher. Die Budgetzahlen waren schlicht und einfach zu hoch. Von der SVP haben wir immer wieder darauf hingewiesen. Die Einnahmen an sich stagnieren und wir haben sehr stark steigende Kosten. Peter hat von insgesamt 7 % Steuererhöhung gesprochen in den zwei Etappen gesprochen, 5% sind schon erfolgt und nun noch zusätzlich 2 %. Linus sagte wir steigen von 103 % auf 105 %. Doch ich erwähne es hier, wir müssten den Steuerfuss eigentlich um 3 % senken. Wir haben nicht 2 % Steuererhöhung, sondern wir sprechen von einer Steuerfusserhöhung in der Gemeinde von 5 %. Der Kanton steigt um 3 % und die Gemeinde müsste ihren Steuerfuss um 3 % senken. Wir sprechen also von einer Steuerfusserhöhung in unserer Gemeinde um 5 %. Das heisst aber, wir erhöhen von 0 % auf 10 %. Die kommende Steuerfusserhöhung, das haben wir alles gehört, benötigen wir wegen den kommenden Investitionen. Steigen die Ausgaben wie bisher, dann werden auch die 105 % Steuerfuss nicht ausreichen. Es resultiert nur ein Ausgleich. Dies als Hinweis, dass dem Stimmbürger die effektive Situation dargelegt wird. Ich war mit den beiden Darstellungen von Peter und Linus nicht ganz einverstanden.

**Linus Egger, Gemeinderat:** In den Unterlagen wurde ganz klar beschrieben, dass eine Steuerfusserhöhung von 5 % beantragt wird. Zu den Berechnungen zu den Steuern. Wir nehmen die Ausgangsbasis und Prognose von diesem Jahr, rechnen plus 1 % Steigerung. Ich erwähnte, dass der Kanton höhere Werte vorgab. Wir versuchten, diesen Wert auf unsere Gemeinde herunter zu brechen. Wir haben diskutiert, ob 1 % oder 0 %. Doch es wurde entschieden, mit 1 % Steigerung zu rechnen und es wurde entsprechend deklariert und ausgewiesen. Der Gemeinderat hat die 5 % Steuerfusserhöhung im Budget 2018 entsprechend dokumentiert.

**Marcel Müller:** Meine Hinweise sind für das Protokoll. Im Juni habe ich gefragt, was die Eigenmietwerterhöhung für unsere Gemeinde bedeutet? Es sind ja nicht unwesentlich viele Leute auch hier in Obersiggenthal davon betroffen. Wie sieht es neu mit der Einschränkung der Pendlerabzugsbeschränkung aus? Ich nehme an, diese beiden Punkte fliessen ja bereits ins Budget 2018 ein, weil ein Punkt bereits rechtswirksam ist und der andere Punkt wird rechtswirksam? Es handelt sich gemäss Aussage von Linus, ich habe extra das Protokoll nachgelesen, um eine Grössenordnung für unsere Gemeinde von 1 % bis 1.2 %, 0.8 % bis 1 % Eigenmietwerterhöhung und 0.2 % bis 0.3 % Pendlerabzugsbeschränkung. Ein Betrag in der Grössenordnung von ca. CHF 300'000. Darüber spricht hier niemand. Das sind zusätzliche Steuern, welche Leute in letzter Zeit bezahlen mussten. Ich möchte, dass das Gesamtpaket geprüft wird und dass festgehalten wird, wo Erhöhungen erfolgten, was kostet uns das und was wollen wir? Wir müssen eine saubere Auslegeordnung machen, damit der Stimmbürger alle Steuererhöhungen auf dem Tisch hat und was das kostet.

**Linus Egger, Gemeinderat:** Ich kann Deine Zahlen bestätigen, 0.8 % Eigenmietwert und rund 0.2 bis 0.4 % Pendlerabzugsbeschränkung. Das, was Du Marcel verlangst, haben wir gesagt. Richtigerweise müssten wir jetzt noch ausführen, wieviel zusätzlichen Liegenschaftsunterhalt wir gegenüber im Vergleich zu den Vorjahren haben. Das reduziert das wieder. Oder auch wieviel weniger Einnahmen wir aus den Immobilien haben. Diese Zahlen sind massiv und diese haben wir ebenfalls einfließen lassen. Nimmt man die CHF 300'000 und nimmt die von mir erwähnten zwei Positionen, dann resultiert ein Mehrfaches als Mindereinnahmen.

**Christoph Villiger:** Man kann es nicht wegdiskutieren, das vorliegende Resultat ist aus Sicht der FDP enttäuschend. Wir haben gehört, auf der einen Seite steigen die Aufwendungen und auf der anderen Seite brechen die Einnahmen ein. Im Moment läuft es in beide Richtungen falsch. Der negative Trend der vergangenen Jahre setzt sich fort. Wir mussten auch sagen, unmittelbare und kurzfristig wirksame Kosteneinsparungen, welche signifikant wären in ihrer Grössenordnung, können wir einerseits nicht erkennen und lassen sich unsererseits auch nicht durchsetzen. Die FDP wird aus diesen Gründen die bekannten und kostenreduzierten Anträge der Finanzkommission einstimmig unterstützen. Das Problem ist nur, auch diese Massnahmen werden nicht dazu führen, dass der Steuerfuss unverändert belassen werden kann. Aus unserer Sicht ist es deshalb notwendig, dass die finanziellen Herausforderungen jetzt angepackt werden und nicht auf die zukünftigen Generationen verschoben werden. Wir werden der Steuerfusserhöhung auf 105 % gemäss Vorschlag des Gemeinderates zustimmen. Wir werden aber die finanzielle Entwicklung weiterhin mit Argusaugen beobachten. Es muss das Notwendige vom Wünschbaren getrennt werden. Die jetzt beantragte Steuerfusserhöhung abzulehnen, würde aus unserer Sicht keine Probleme lösen. Im Gegenteil, es würden die Prokopfschulden nur erhöhen. Ich schliesse mit einer Frage an die Finanzkommission, es wurde von Peter Marten vorhin schon erwähnt, dass die Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat nicht als optimal empfunden wurde. Ich möchte den Satz aus dem Bericht der Finanzkommission zitieren: „Die Finanzkommission hat leider auch den Eindruck gewonnen, dass ihre Inputs nicht oder bestenfalls nur sehr zögerlich aufgenommen werden“. Ich möchte nun vom Präsidenten genaueres dazu hören, was damit gemeint und darunter zu verstehen ist. Ein solcher Satz bereitet mir Sorgen.

**Peter Marten, Präsident Finanzkommission:** Ich bin seit 8 Jahren in der Finanzkommission in Obersiggenthal. Vorher war ich in Frick während 9 Jahren in der Finanzkommission. Ich wage zu behaupten, dass ich unterscheiden und beurteilen kann, welche Zusammenarbeiten gut laufen und welche besser sein könnten. Ich habe vor allem die letzte Sitzung, bei welcher es um das Budget ging, als schwierig erlebt. Ich hatte den Eindruck, praktisch jeder Input unsererseits, wurde vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen mit dem Gefühl, schön wurde es gesagt, doch lasst uns weitergehen. Das reicht mir nicht. Man ist nicht immer gleicher Meinung sein, das ist klar. Es bestehen unterschiedliche Aufgaben, auch das ist klar. Doch wenn dies das Grundverständnis ist, dann braucht es keine Sitzungen mit Gemeinderat und Finanzkommission mehr. Die Finanzkommission schreibt dann nur noch ihren Bericht, es folgt eine Replik und die Diskussionen werden hier im Einwohnerrat geführt. Das wäre nicht zielführend.

Die Finanzkommission ist eine einwohnerrätliche Kommission und hat ihre Aufträge gesetzlich gegeben. Sie muss ihre Aufgaben wahrnehmen und die Finanzkommission möchte in ihrer Rolle ernst genommen werden. Ich habe dies zum Anlass genommen und mit der Gemeindeabteilung darüber gesprochen. Ich habe unsere schwierige Situation erwähnt, bei welche wir auch ein Teil davon sind. Ich sage nicht, das Probleme liege nur auf einer Seite, denn es ist ein Gesamtproblem und wir sind am Suchen, mit welchen Massnahmen und Wege wir uns sinnvoller eingeben können. Für mich stimmt es so, wie es heute ist, nicht. Diese Aussage trifft zu, doch die Situation ist auch nicht hoffnungslos, das muss ich auch hinzufügen.

**Eugen Paul Frunz:** Die SVP hat anlässlich der Fraktionssitzung intensiv über das Budget beraten. Vor einem Jahr haben wir hier über die Zitrone und ihrem Stadium des Ausgepressten diskutiert. Für die Mehrheit unserer Fraktion ist am vorliegenden Budget nicht mehr viel zu machen. Christoph hat es vorhin erwähnt, kurzfristig oder mittelfristig ist nicht mehr viel herauszuholen. Es gibt noch einen grösseren Punkt, ein heisses Eisen, welches auch die Arbeitsgruppe Finanzen erwähnte, und das ist das Schwimmbad. Wir müssen dieses Eisen anpacken. Doch das ist nicht etwas, was der Einwohnerrat selber klären kann, sondern das ist etwas, worüber das Volk zu entscheiden hat. Ich spreche nicht von der Sanierung, sondern vom Betrieb in der jetzigen Form des Schwimmbads. Da muss an der Urne entschieden werden, ob das Volk das Schwimmbad weiterhin so will, was ich persönlich hoffe. Doch wir müssen auch bereit sein, dass wir dafür rund 2 % von unseren Jahressteuereinnahmen für das Defizit alle Jahre brauchen. Uns muss auch klar sein, das gehört in den Investitionsplan, dass jedes Projekt, welches bewilligt wird, mehr Kosten für den Unterhalt mit sich ziehen. Darum muss bei neuen Investitionen genau überlegt werden, ob und wie wir uns das leisten können. Die Anträge der Finanzkommission werden wir mehrheitlich unterstützen. Die Steuerfusserhöhung wird von der Fraktion mehrheitlich unterstützt. Letztendlich ist es so, es gibt nicht wirklich mehr Luft. Peter hatte es schon erwähnt, es reicht lediglich dazu, die Nase über Wasser zu halten. Bei all den finanziellen Problemen in unserer Gemeinde ist zu bedenken, dass der Bürger immer mehr Kosten tragen muss. Jetzt wird eine Steuererhöhung beantragt, in der Zeit konnten wir lesen, dass die Krankenkassenprämien steigen werden und grosse Lohnerhöhungen sind nicht wirklich in Sicht. Peter erwähnte vorhin, je weiter man den Steuerfuss anhebt, irgendwann kehrt die Situation. Es heisst, haushälterisch mit den Steuergeldern umgehen. Wir unterstützen mehrheitlich die Steuerfusserhöhung und beobachten, was passiert.

**Theo Flückiger:** Die Ausgangslage ist klar. Wir werden dem vorliegenden Budget zustimmen. Wir sind der Meinung, wir haben gar nicht viel Spielraum. Ein wesentlicher Teil ist ganz klar die Steuerfusserhöhung. Aus unserer Sicht ist dies ein Muss, wir kommen nicht darum herum. Wir werden nicht gross Anträge stellen. Anträge für Streichungen bringen nichts, die sind sinnlos, denn man kann praktisch nichts mehr streichen. Anträge für Budgeterhöhungen sind aussichtslos. Wir können also wählen zwischen sinnlos und aussichtslos. Ein Punkt möchte ich trotzdem aufgreifen. Wir haben Jahr für Jahr das Thema Energie in den Rat gebracht. Inzwischen sind wir soweit, dass hier gar nichts mehr zu diesem Thema steht. Dieses Jahr wurde über ein neues Energiegesetz „Energiestrategie 2050“ abgestimmt und das Stimmvolk hat dem Gesetz zugestimmt. Leider hat dies nicht so viel bewirkt, dass trotzdem etwas ins Budget reingerutscht wäre. Es gibt zum Beispiel den Verein Solarlobby, welcher findet, dieses Thema gehöre in unsere Gemeinde. Der Verein hat nun eine Veranstaltung organisiert, damit das Thema Energie trotzdem in unserer Gemeinde wahrgenommen wird. Ich lege Euch ans Herz, nehmt an diesem Anlass teil. Es wird von Dr. Werner Leuthard, Leiter Abteilung Energie im Departement Bau, Verkehr und Umwelt des Kantons Aargau, aufgezeigt, welches die Auswirkungen mit der Umsetzung der Energiestrategie 2050 auf den Kanton und die Gemeinden sind. Es würde mich freuen, Sie an dem Anlass zu sehen.

**Erich Schmid:** Die bisherige Steuererhöhung wird alleine durch die Pflegefinanzierung aufgefressen. Die liegen bei CHF 2.8 Mio. Die Bevölkerung wird weiterhin für die Pflege mehr Geld benötigen. Die Tendenz wird weiterhin so bleiben. Der Grosse Rat fällte solche Beschlüsse. An der letzten Fraktionspräsidentensitzung wurde darüber diskutiert. Marie-Louise sagte zu Recht, das Volk respektive wir hier in Obersiggenthal stimmten dem auch zu mit diversen Abstimmun-

gen. Die Obersiggenthaler Bevölkerung sagte direkt oder indirekt ja und das sind die Konsequenzen. Das Gleiche gilt für die Steuergesetzrevision. Sie bedeutet für unsere Gemeinden weniger Steuereinnahmen im 7-stelligen Betrag. Das muss man sich auch bewusst sein. Ich danke dem Gemeinderat für die Information in der letzten Woche über die Gesundheitskosten. So war ersichtlich, wo das Geld hinfließt und wieso. Bei unserer Fraktion haben wir die Steuerfusserhöhung von 105 % auch diskutiert und praktisch einstimmig gutgeheissen. Ich persönlich frage mich, ob wir das heute Abend überhaupt diskutieren müssen? Betrachtet man den Finanzplan, dann ist es klar, dass es sinnlos ist über 105 % Steuerfuss zu diskutieren. Die nächste Erhöhung ist angekündigt und allenfalls ist die Diskussion erst in zwei Jahren und nicht jetzt zu führen. Zu den Punkten, die vom Stimmvolk beschlossen wurden und nun die Gemeinde darunter zu leiden haben, frage ich, ob der Gemeinderat irgendwelche Aktionen geplant habe um dem entgegenzuwirken? Ich könnte mir vorstellen zum Beispiel bei der Gemeindeammännerversammlung vorstellig zu werden und zu thematisieren, dass es doch nicht einfach sein kann, Kosten auf die Gemeinden abzuschieben? Es stehen alle Gemeinden vor diesem Problem. Es kann nicht sein, dass auf der einen Seite die Kosten ansteigen und auf der anderen Seite Steuergesetzrevisionen lanciert werden. Wir vermissen die Empfehlungen der Arbeitsgruppe Finanzen und das Aufzeigen, wie das umgesetzt wurde. Die Arbeitsgruppe Finanzen leistete einen enormen Einsatz, das Resultat war ernüchternd. Doch es wurden Empfehlungen abgegeben. Wir haben nicht gesehen, wie alles in die Budgetplanung eingeflossen ist. Peter Marten sagte, die Steuerfussänderung muss Ende November vor das Volk. Mir ist nicht klar, was der Gemeinderat alles unternimmt, um das Volk zu überzeugen. Ich denke auch, dass wir Parteien gefordert sind, entsprechenden Einsatz zu leisten um das Volk zu überzeugen und dem Volk verständlich zu machen, dass es die plus 5 % oder richtig gesagt minus 3 % plus 5 % Steuererhöhung braucht. Wir Einwohnerräte müssen die Verantwortung wahrnehmen und das, was wir heute beschliessen, dem Volk versuchen beizubringen.

**Dieter Martin, Gemeindeammann:** Wir planen am 6. November 2017 eine Informationsveranstaltung für die Bevölkerung durchzuführen. Es ist sicher vorgesehen, in der Presse einen entsprechenden Bericht zu verfassen. Die Erfahrung zeigte, diejenigen von Euch, welche im Jahr 2016 dabei waren, dass relativ wenig Leute mangels Interesse präsent waren, ich glaube es waren keine 100 Personen anwesend. Von den Anwesenden waren sicher 30 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend. Leider ist das Interesse nicht vorhanden, man stimmt lieber nein. Ich finde es gut, wenn jetzt auch die Parteien ihrerseits Berichte in die Zeitung setzen und die Steuerfusserhöhung unterstützen. Das erscheint mir sehr wichtig. Auf die Frage, was die Gemeinden gedenken zu unternehmen, da kann ich Ihnen sagen, diese Diskussionen sind im Gang, zum Beispiel im Regionalverband Baden Regio oder auch bei der Gemeindeammännerversammlung. Obersiggenthal ist offenbar bezüglich dieser Themen Vorreiter und immer einen Schritt voraus. Andere Gemeinden wurden auch in die Knie gezwungen mit Steuerfusserhöhungen etc. Der Gemeinderat hat operative Aufgaben wahrzunehmen. Wir wissen alle, seit 2014 sind wir einem rigorosen Sparprogramm unterworfen. Ich möchte erwähnen, dass wir eine relativ schmale Personaldecke und kein überzähliges Personal haben. Mit dem Sparen ist auch der Druck auf das Personal immer grösser geworden. Das Personal kann nicht mehr wie gehabt Anträge stellen und diese gehen dann einfach durch. Es braucht mehr Stellungnahmen und Rechtfertigungen. Zudem hat der Druck auf das Personal zum Teil auch negative Auswirkungen zum Beispiel bei Krankheitsfällen, weil die Belastung zu gross ist. Sie wissen in der Abteilung Hochbau um die ganze Hauswartsgeschichte etc. Es ist nicht alles spurlos an uns vorbeigegangen. Dann haben wir die Situation, dass uns vom Rat Mittel gestrichen werden. So haben wir überhaupt keinen Bewegungsspielraum mehr. Über gewisse Punkte vertreten wir eine andere Ansicht wie die Finanzkommission. So kann bei der Finanzkommission das Gefühl entstehen, sie werde gar nicht angehört. Die Finanzkommission betrachtet alles durch die Finanzbrille. Der Gemeinderat vertritt wohl auch die Sicht der Finanzen doch zusätzlich mit dem Teil Mensch. Ich finde es nach wie vor wichtig, dass der Dialog gesucht wird und dass wir uns mit diesem Thema auseinandersetzen.

**Ursula Haag:** Kann jemand die Frage wegen dem Einfließen der Auswertung der Arbeitsgruppe Finanzen beantworten?

**Peter Marten, Präsident Finanzkommission:** Auch die Finanzkommission hat begrenzte Ressourcen. Von der Arbeitsgruppe Finanzen wurde ein relativ langer Pendenzenkatalog an die Finanzkommission übergeben. Die Finanzkommission ist daran, diesen Pendenzenkatalog abzuarbeiten. Eine Aufgabe davon war die Abklärung beim Kanton betreffend Globalkürzungen. Solche Abklärungen bedeuten einerseits ein Telefon an den Kanton, es folgt ein Mail mit dem Anliegen, es folgt eine Antwort. Eine Weiterleitung an die Gemeinde muss erfolgen, an die Fraktionen und es bleibt zu hoffen, dass solche Abklärungen in zwei Jahren jedem von uns noch präsent sind. Sie sehen, ein sehr zeitaufwändiger Ablauf. Wir werden nicht immer nur auf die Budgetsitzung hin mit Anträgen kommen, es kann auch sein, dass an einer November- oder Dezember-Sitzung etwas kommt. Die neue Finanzkommission wird dann genau wissen, was auf der Pendenzenliste der Arbeitsgruppe Finanzen erledigt ist und was nicht. Jetzt stehen wir eher im Stadium Empfehlungen und Anregungen. Doch es wäre illusorisch gewesen, alles auf die heutige Sitzung zu erledigen.

**Erich Schmid:** Das war auch keine Erwartung. Es soll einfach nicht vergessen werden.

**Marcel Müller:** Die Geschichte mit den Hauswarten, der ganzen Neustrukturierung und Neuorganisation war ebenfalls ein Thema in der Arbeitsgruppe. Wie stark die Finanzkommission noch gestossen hat und der Gemeinderat das Ganze dann selber an die Hand genommen hat mit Antrag Pensenerhöhung, zeigte auf, es gab Bewegung in die ganze Sache. Auch das war ein Teil der Arbeitsgruppe Finanzen. Man kann nicht sagen, es ist diesbezüglich nichts gelaufen. Ob es das brauchte seitens der Arbeitsgruppe Finanzen weiss ich nicht. Das Thema Hauswarte ist schon lange bekannt. Doch jetzt geht etwas und das Ziel ist erreicht.

**Ursula Haag:** Wir kommen nun zu den Anträgen der Finanzkommission betreffend Löhne.

**Peter Marten, Präsident Finanzkommission:** Zuerst möchte ich etwas zu den Stellenpensen sagen. Es ist der Finanzkommission klar, für jede Pensenerhöhung, welche wir nicht unterstützen, gibt es eine lange Liste mit Ausführungen und detaillierten Begründungen, warum genau diese Pensenerhöhung jetzt nötig ist und weshalb sonst das ganze Gebilde zusammenbricht. Ich habe von den letzten gröberen Diskussionen im Zusammenhang mit Pensenerhöhung gelernt, dass es nutzlos ist, eine lange Liste mit Sachargumenten aufzuführen. Am Ende des Tages sprechen wir über ein emotionales Thema und die sachlichen Argumente rutschen in den Hintergrund. In der Finanzkommission sehen wir das Ganze nicht nur durch die Finanzbrille, wir sehen durchaus auch den Menschen. Doch unsere Aufgaben sind die Finanzen und das ist unser Job. Bei den letzten gröberen Pensenerhöhung erinnere ich mich an das Bild hier im Saal, wo viele orange gekleidete Personen als Gast Einsitz genommen haben. Es ging um die Pensenerhöhung Baudienst, wo der Präsident Finanzkommission sehr sachlich Punkte aufführte, wieso etwas nicht nötig sei. Der Entscheid fiel anders aus als die Finanzkommission beantragte. Die Finanzkommission kann damit leben, doch es war spannend zu sehen, denn eine dieser Stellen im Baudienst, welche aufgestockt wurde, zu den Abwarten umgelagert wurde. Mittlerweile ist alles wieder, nach einem innovativen Ansatz, wie es war. Die Finanzkommission vertritt die Ansicht, es sollen keine Fixkosten aufgebaut werden. Darum stehen wir gegen die Pensenerhöhungen. In unserem gestellten Antrag, der vor der letzten Einwohnerratsitzung verfasst wurde, waren wir mit keiner Pensenerhöhung einverstanden. Die Entscheidung an der letzten Einwohnerratssitzung um eine Pensenerhöhung Abteilung Soziales um 0.3 Stellenprozent, befristet auf ein Jahr, stellen wir natürlich nicht in Frage. Der Antrag wird deshalb umformuliert: Die Summe der von der Gemeinde entlöhnten Mitarbeitenden von Total 59.50 Pensen sei abzulehnen und auf Total 59.05 Pensen festzusetzen. Wie komme ich auf dieses Resultat? Wir haben heute aktuell 61.4, abzüglich 2.5 wegen Auslagerungen an KESD, plus 0.3, befristet für ein Jahr, macht 59.2. Davon müssen wir 0.15 Mediathek abziehen, was de facto ein Abbau ist, gibt effektiv 59.05. Das wäre unser Antrag.

**Dieter Martin, Gemeindeammann:** Wir stehen genau an einem solchen Punkt, wie ich vorhin erwähnt habe. Der Rat streicht uns Mittel. Wir haben die Hauswarte, die geleitet und geführt werden müssen. Dafür werden die nun benötigten Mittel gestrichen. Trotzdem wird uns an fast jeder Sitzung vorgeworfen, dass Verbesserungen notwendig sind. Diese Haltung geht für

mich nicht auf. Das muss ich ganz deutlich festhalten. Man kann nicht nur den Finanzwillen betrachten, man muss auch dem Gemeinderat die Möglichkeit geben, um optimieren zu können. Natürlich nicht im Sinne von Geldverschwendung, sondern im Sinne von einer sauberen Organisation. Ich habe es vorhin gesagt, es handelt sich um Altlasten seit 2002. Es hat nichts mit der jetzigen Situation zu tun. Das muss man sich einfach bewusst sein. Darum möchte ich an Sie appellieren, sich gut zu überlegen, ob um jeden Preis einfach Nein gesagt wird.

**Linus Egger, Gemeinderat:** Ich möchte noch etwas zur Pensenerhöhung Finanzen anbringen. Das meiste sagte Dieter bereits. Es fand eine Analyse durch die BDO statt. Ich war damals dabei als Präsident Finanzkommission. Nachher war ich als Gemeinderat dabei, als wir die Analyse mit anderen Gemeinden verglichen haben. Die 20 bis 40 % sind realistisch. Was bis heute noch nie erwähnt wurde, war die Tatsache, dass wir damals sehr eng budgetiert haben. Neben den 20 % Erhöhung wurden die Löhne von nebenamtlichen Personal um CHF 7'000 gekürzt. Wir sprechen von CHF 10'000 unter dem Strich, was die Erhöhung ausmacht. Wenn Sie das ablehnen, dann heisst das, dass die Abteilung Finanzen in Zukunft weniger Pensen hat als bis heute. Bitte überlegen Sie diese Tatsache. Ich unterstütze den Antrag von 20 %, die sind bitter nötig. Die Abteilung Finanzen ist das Herz der Verwaltung. Von der Abteilung Finanzen erwarte ich, dass in Zukunft noch mehr der Lead bei der Budgetierung übernommen wird und bei den Kostenflüssen von allen Abteilungen, welche an und für sich die Abteilung Finanzen tangiert. Mit den heutigen Pensen ist das nicht möglich. Wir verlangen immer wieder, wir müssen mehr Kostentransparenz nachweisen. Wir müssen diese führen und wir müssen die Kosten im Griff haben, damit reduziert werden kann. Wir können die Pensenerhöhung nicht ablehnen, das nebenamtliche Personal noch kürzen und mit weniger Leuten arbeiten. Ich bitte Sie, die 20 % Stellenerhöhung zu unterstützen.

**Franziska Grab, Vizeammann:** Eine kurze Anmerkung zur Stellenaufstockung bei der Abteilung Bau und Planung von 20 %. Es zeigte sich die Situation, dass eine Sekretärin ausgefallen ist und wir bereits Ersatz suchen mussten. In der Zwischenzeit konnte jemand gefunden werden, welche ab November eingestellt wird. Sie haben vielleicht auch mitgekommen, dass auf der Abteilung Bau und Planung Kevin Nolle, welcher für den Tiefbau und die Wasserversorgung zuständig war, auf August kündigte. Dadurch musste von den 60 %, welche damals vom Einwohnerrat bewilligt wurden, 20 % in den Hochbau verschoben werden. Werden heute Abend die 20 % nicht bewilligt, dann habe ich bei der Wasserversorgung und im Tiefbau nur noch 40 % übrig. Für die 40 % Festanstellung werde ich wohl kaum eine Frau oder einen Mann finden. Wir müssen dann so innovativ sein und entweder mit Temporärpersonal die Lücken auffüllen oder uns bei einem Ingenieurbüro einkaufen. Mit meinen Ausführungen will ich, dass alle den gleichen Wissensstand haben.

**Lukas Füglistner:** Eine Frage zur Abteilung Bau und Planung. Wem sind jetzt die Hauswarte unterstellt?

**Dieter Martin, Gemeindeammann:** Sie sind der Leiterin Hochbau unterstellt.

**Lukas Füglistner:** Wer ist der Leiterin Hochbau sonst noch unterstellt?

**Dieter Martin, Gemeindeammann:** Das sind vor allem die Hauswarte und sie wird noch von einer Sekretärin unterstützt. Das war vorher schon so. Jetzt sind es 830 %.

**Lukas Füglistner:** Dann sind jetzt 620 % Stellen Hauswarte plus 130 %, man kann sagen 800 bis 900 % Stellenprozent sind der Leiterin Hochbau unterstellt?

**Dieter Martin, Gemeindeammann:** Es sind natürlich mehr, wenn man alle Hauswarte nimmt.

**Lukas Füglistner:** Es heisst in der Vorlage, Hauswarte 6.20.

**Dieter Martin, Gemeindeammann:** Ja richtig, es sind 6.20.

**Lukas Füglistner:** Auf Seite 7 steht unter 0290.3910.12 Interne Verrechnungen Techn. Dienste „..... Bisher gab es teilweise ungenügende oder mangelhafte Reinigungen, welche dringend fachgerecht ausgeführt werden müssen“. Wir haben Hauswarte, welche ausgebildet sind, da gehe ich davon aus und trotzdem resultieren mangelhafte Arbeitsausführung? Sind die Hauswarte der Leiterin Hochbau unterstellt? Ich habe Bedenken, betrachtet man die Organisationsstruktur, wie sie vorliegt, ob man das hinkriegt.

**Dieter Martin, Gemeindeammann:** Da habe ich die Zusage von der Leiterin Hochbau. Sie bringt Erfahrung mit und leitete selber schon Hauswarte. Sie kann das. Das ist ja genau das Thema. Das, was Du erwähntest, das gewisse Sachen nicht standardisiert wurden, ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die Hauswarte nicht geführt wurden. Das wollen wir mit den 20 % ändern. Mit der Führung und Leitung der Hauswarte werden die Arbeiten und Arbeitsabläufe besser umgesetzt und können besser genutzt werden. Das ist das Ziel. Organisatorisch geht das schon, das ist kein Problem mit den Erfahrungen unserer neuen Leiterin Hochbau.

**Carol Demarmels:** Herzlichen Dank an die Finanzkommission, dass Euer Antrag umformuliert wurde. Damit wurde unser Gegenantrag nichtig und Ihr habt richtig gerechnet mit den zusätzlichen 30 %. Trotzdem wollen wir von der Fraktion SP/Grüne der Streichung der drei anderen Stellenerhöhung nicht zustimmen. Ich habe Kontakt aufgenommen mit dem Leiter Finanzen und auch mit dem Leiter Bau und Planung. Sie haben mich davon restlos überzeugen können, dass die Stellenprozentenerhöhungen nötig sind, unter anderem mit der langen Liste, welche vorhin schon erwähnt wurde. Vieles ist schon gesagt worden. Ich möchte trotzdem einige Punkte herauspicken. Es wurde erwähnt, dass die Überprüfung der Stellenprozente im Bereich Finanzen stattgefunden habe infolge Überlastungserscheinungen. Ich bin überzeugt, diese Überlastungserscheinungen kosteten viel Geld, welche man sich hätte sparen können. Zusätzlich ist im Bereich der Finanzen, und das wurde bis jetzt noch nicht erwähnt, bei den Löhnen des nebenamtlichen Personals eingespart, ungefähr 10 Stellenprozent. Verrechnet man das mit den 20 Stellenprozentenerhöhung, dann sind es effektiv nur noch 10 Stellenprozent, also unter der Empfehlung. Im Bereich Bau und Planung, es wurde schon viel erwähnt wie Baupolizeiführung, Führung Hauswarte etc. Wichtig erscheint mir zu erwähnen, dass der Personalbestand gleich blieb und zwar schon sehr lange. Doch seit 30 Jahren ist die Bevölkerung um 18 % gestiegen. Ich habe hier die lange Liste und möchte Ihnen einige Stichworte vorlesen mit Dingen, die es noch nicht gab: keine Sporthalle, keine Vermietung davon, keine Plakatbewirtschaftung, keine Hochwassergefahrenkarte, jährliche statt vierteljährliche Baustatistik etc. etc. Die Liste ist noch lang mit den neu dazugekommenen Aufgaben in dieser Abteilung. Unsere Verwaltung muss weiter funktionieren und das kann sie nicht, weil ausgewiesene Stellenprozentenerhöhungen, welche benötigt werden, einfach abgelehnt werden, insbesondere mit dem einzigen Argument, keine weiteren Fixkosten zu generieren. Wir lähmen die Verwaltung damit. Der Schaden ist nicht bezifferbar. Doch ich bin überzeugt, der wächst exponentiell und nicht linear. Klar, es entstehen keine Fixkosten, dafür aber variable Kosten. Die variablen Kosten sind vielleicht im Budget noch nicht ersichtlich, schlagen dann auf der Rechnung weniger kalkulatativ aus. In diesem Sinne werden wir die geplante Streichung der Pensen-erhöhung ablehnen, weil wir überzeugt sind, die Stellenprozentenerhöhungen sind weder wünschbar noch nice to have, sondern schlicht und einfach nötig, damit die Verwaltung weiter funktionieren kann.

**Peter Marten, Präsident Finanzkommission:** Es ist schon nicht so, dass die Finanzkommission in der Diskussion mit dem Gemeinderat nur als Hardliner auftritt und mit einem Panzer auffährt. Wir versuchen mittels Dialog eine Lösung zu finden. Die Finanzkommission sagte in ihrem ersten Mail an den Gemeinderat, wir sind skeptisch eingestellt. In der Diskussion stellten wir die Frage, wie die Verzichtsplanung aussehe? Diese Mitarbeitenden sind am Anschlag und was passiert, wenn der Erhöhung nicht zugestimmt wird? Liegt ein Plan B vor? Werden zum Beispiel die Schalteröffnungszeiten gekürzt, welche Arbeiten bleiben liegen resp. werden vernachlässigt? Wie will man das Problem lösen? Die Finanzkommission hat keine Antwort erhalten beziehungsweise es hat geheissen, wir haben gesetzliche Aufgaben. Aus meiner Sicht reicht eine solche Antwort nicht aus. Ich erwarte als Antwort mehr Punkte, welche Lösungen aufzeigen,

was wann und wie umgesetzt wird. Auch nachher, wenn Sparanträge angenommen werden oder nicht, vor allem wenn sie angenommen werden, sind das Entscheide mit Konsequenzen. Wir können nichts mehr „gratis“ sparen. Darum bin ich überrascht, dass nichts kommt. Kommt nichts, dann gibt es zwei Möglichkeiten: man machte sich keine Gedanken und die Auswirkungen sind nicht so gross. Vielleicht ist das auch etwas zu einfach. Doch ein Plan B muss vorliegen und dieser lag nicht vor. Die anderen Sachen mit der Hauswartgeschichte sehe ich. Aber wenn seit 2002 ein Problem besteht, und heute haben wir 2017, bedeutet das, es ging 15 Jahre trotzdem irgendwie oder haben wir es 14 Jahre nicht gemerkt? Was ist da los?

**Carol Demarmels:** Es gibt noch eine dritte Möglichkeit, die Konsequenzen sind bereits eingetroffen. Wir haben bereits gehört, einerseits Überbelastungen im Personal mit den Kosten, die daraus resultieren. Das zweite haben wir auch gehört, die fehlende Baupolizei, wo Abklärungen auch wieder Kosten generieren. Es sind vielleicht nicht Konsequenzen, welche vorausgesagt werden, doch sie sind da und sie kosten.

**Marcel Müller:** Ich bin ja grundsätzlich nicht bekannt für das Ausgeben von Geld. Aber in diesem Fall muss ich sagen, die Situation mit den Hauswarten ist ein Beispiel, wo ich mich der SP anschliesse. Was wurde gemacht? Es wurde bis jetzt nichts gemacht. Wir hatten hier eine Situation nicht mit Arbeitsüberlastung, sondern mit extremen Überstunden. Die Hauswarte haben sich lange Zeit selber geführt. Wenn sich jemand selber führt, dann gibt es verschiedene Charakteren. Die einen sind gewissenhaft und haben vielleicht mehr gearbeitet, als sie mussten und die anderen haben vielleicht etwas weniger gearbeitet und mehr Stunden aufgeschrieben als tatsächlich geleistet. Mehr oder weniger führungslos. Vielleicht haben wir das hier im Parlament nicht wahrgenommen? Wann wurde das zum ersten Mal ein Thema? Ich erinnere daran, wir waren mit massiven Überstunden der Hauswarte konfrontiert. Wir haben gefragt, nie ein Antrag auf eine Pensenerhöhung und trotzdem Überstunden? Das hat ja immer gekostet. Ich persönlich werde den Stellenprozenten allen zustimmen, ich spreche hier für mich und nicht für die Fraktion. Für mich ist der Bedarf ausgewiesen sowohl bei den Finanzen als auch beim Baudienst. Die Forderung ist aber, dass es nachher besser läuft. Die Hauswarte brauchen eine Führung mit einem Controlling, welches bisher leider fehlte. Vielleicht wurde auch nicht so genau geschaut? Die massiven Überstunden mussten ja mit Ferien und Geld abgegolten werden. Mit der Erhöhung der Stellenprozente ist die Forderung ganz klar, dass richtig organisiert wird und der Einwohnerrat wird nicht mehr mit massiven Überstunden konfrontiert wird. Alle müssen einen einheitlichen Standard haben, alle geben ihr Bestes für das, wofür sie eingestellt wurden. Dann funktioniert es. Es kommt nicht oft vor, doch hier bin ich mit den Argumenten der SP einig. Auch bei den Finanzen ist es ausgewiesen, dass es eine Stellenerhöhung braucht. Das wurde untersucht. Auch in der Arbeitsgruppe Finanzen stellten wir nicht fest, dass die Abteilung überdotiert ist.

**Franziska Grab, Vizeammann:** Eine Richtigstellung, es ist die Abteilung Bau und Planung, für welche wir die 20 % Pensenerhöhung beantragen und nicht Baudienst. Im Moment haben wir die kleinen Baugesuche ausgelagert genau aus diesem Grund, weil wir die Kapazität nicht mehr haben. Ab November haben wir wieder eine neue Person im Sekretariat, welche diese Arbeit machen kann. Wir können dann die kleinen Baugesuche auch wieder zurückholen. Doch alles hat auch Geld gekostet. Im Moment ist der Ist-Zustand so, sollten die 20 % nicht bewilligt werden, dann fehlen diese im Tiefbau oder in der Wasserversorgung. Da muss ich dort prüfen, ob ich etwas einkaufen muss, was schlussendlich mehr Kosten generieren kann.

**Linus Egger, Gemeinderat:** Ich tausche mich rege mit dem Präsidenten der Finanzkommission aus. Doch Peter hat vergessen zu erwähnen, dass wir klar gesagt haben, werden die Pensen nicht erhöht, dann wird die Schuldscheinbewirtschaftung nicht so durchgeführt werden können wie man sie machen müsste. Dort liegt Geld zum Holen. Der Gemeinderat hat im letzten Jahr bekannt gegeben, dass bis Ende 2017 Ferientage abgebaut werden müssen auf plus 15 Tage. Auch die Überstunden müssen massiv abgebaut werden. Ich kann Ihnen heute schon sagen, dass der Leiter Finanzen bei der Abteilung Finanzen diese Forderung nicht umsetzen kann. Momentan hat er noch 60 bis 70 Ferientage und ca. 200 bis 250 Überstunden. Das Ziel muss auch dort sein, dass er Arbeiten seiner Stellvertreterin abtreten kann. Die Stellvertreterin

ihrerseits soll Teile von Ihrer Arbeit auch weitergeben können. Wir müssen die Feriensaldi und die Überstunden senken. Das war seinerzeit eine Vorgabe der Finanzkommission, welche mit dem Gemeinderat diskutiert wurde. Das wurde hier bekannt gegeben.

**Dieter Martin, Gemeindeammann:** Wir kommen ja nicht einfach so und bringen willkürliche Wünsche an. Der Gemeinderat stellt Überlegungen an und es ist nicht nur die Finanzkommission, die sich etwas überlegt. Wir haben hier ausgewiesene Probleme und diese wollen wir jetzt beheben. Ich hoffe, dass uns der Einwohnerrat darin nicht hindert. Das würde ich und der Gemeinderat nicht verstehen. Ich appelliere an Sie, geben Sie sich einen Ruck und glauben Sie uns, dass es sich um Bedürfnisse handelt. Carmen legte dies auch dar, sie war die einzige Person, welche bei der Abteilung Bau und Planung Fragen stellte. Bitte betrachte nicht alles nur durch die Finanzbrille. Wir haben operative Bedürfnisse und die wollen wir wahrnehmen.

---

### Abstimmung

**Antrag der Finanzkommission: Die Summe der von der Gemeinde entlöhnten Mitarbeitenden von Total 59.50 % Pensen sei abzulehnen und auf Total 59.05 % Pensen festzusetzen.**

**Dieser Antrag wird mit 14 Ja- zu 19-Nein-Stimmen abgelehnt.**

---

**Ursula Haag:** Wir eröffnen nun die Diskussion zum Antrag der Finanzkommission betreffend Ablehnung der Lohnerhöhung von + 0.5 %.

**Carol Demarmels:** Die Fraktion SP/Grüne wird dem Antrag der Finanzkommission zur Ablehnung der Lohnerhöhung auch nicht zustimmen. Obersiggenthal hat bereits in den letzten Jahren Lohnnullrunden durchlaufen. Dort war die Teuerung zumindest noch negativ. Zur Verdeutlichung, wir haben eine prognostizierte Teuerung von 0.5 % für 2017. Das Brot, welches im Januar CHF 2 kostete, kostet im Dezember CHF 2.01. Die prognostizierte Teuerung für 2018 ist wieder positiv. Eine weitere Lohnnullrunde bedeutet also, dass sich die Arbeitnehmer der Gemeinde Obersiggenthal im Endeffekt weniger leisten können. Das Portemonnaie wird leichter. Der sogenannte Reallohn ist gesunken. Das Verwaltungspersonal in Obersiggenthal ist keinem GAV unterstellt. Ich möchte kurz aus dem GAV vom Kanton zitieren: „Die Lohnentwicklung hält langfristig mit der allgemeinen Lohnentwicklung in der Volkswirtschaft Schritt“. Betrachte ich nun die allgemeine Lohnentwicklung „öffentliche Verwaltung“, dann ist gemäss Bundesamt für Statistik 2016 der Reallohn um 1.2 % gestiegen. Obersiggenthal hält nicht Schritt. Unzufriedene Mitarbeiter kündigen längerfristig, das wissen wir alle. Ständige Lohnnullrunden hinterlassen Perspektivenlosigkeit, im schlimmsten Fall Motivationslosigkeit. Kündigungen und Stellenneubesetzungen könnten die Folge sein und auch das kostet wieder Geld. Linus Egger erwähnte, es soll ein Zeichen gesetzt werden, dass die Lohnnullrunden irgendwann einmal vorbei sind. Es sollen Perspektiven aufgezeichnet werden. Schlussendlich erscheint mir auf rein finanzieller Ebene das Risiko grösser, als das mit der Streichung der Lohnerhöhung eingespart werden könnte. Dem Gemeinderat steht es offen, in welcher Form die individuellen Lohnerhöhungen verteilt werden sollten, also wieviel pauschal und wieviel individuell. Wir möchten weder dem Gemeinderat noch den Abteilungsleitern die Möglichkeit nehmen, das gute Arbeit auch honoriert werden sollte. Leute, welche gut und effizient für unsere Gemeinde arbeiten, auch Grund haben, zu bleiben. Schlussendlich haben wir Verständnis für die Finanzbrille. Es fällt schwer, in finanziell nicht glamourösen Finanzzeiten Lohnerhöhungen zu sprechen. Darum sind wir an einem Kompromiss interessiert und reichen einen Gegenantrag ein, die Lohnerhöhung zumindest auf 0.25 % festzusetzen. Damit wäre die prognostizierte Teuerung 2018 zumindest ausgeglichen. Unser Gegenantrag lautet somit: Die Lohnerhöhung von 0.5 % sei abzulehnen und auf 0.25 % festzusetzen. Ich bitte Sie für einmal nicht nur die Finanzbrille, sondern

auch die menschliche Brille aufzusetzen und unseren Gegenantrag zur Abstimmung zu bringen und anzunehmen.

**Peter Marten, Präsident Finanzkommission:** In der Finanzkommission wurden auch die Personalnebenleistungen wie Teamanlass, Weihnachtsessen, Gratisparkplatz etc. diskutiert. Die Finanzkommission kam zum Schluss, darüber keine Streichungs- oder Kürzungsanträge zu stellen. Auch zum Thema Arbeitsplatzsicherheit muss ich nicht viel sagen. Die Perspektiven können sich dadurch ergeben, dass man zusätzliche Funktionen oder Aufgaben übernimmt. Trifft ein solcher Fall zu, stehen die strukturellen Lohnerhöhungen da, um trotzdem in den Genuss einer Lohnerhöhung zu kommen. Dass der Kanton beigezogen wurde, kann ich verstehen. Doch der Gemeinderat hat ein anderes System, wie in der Gemeinde die Löhne festgelegt werden. Das passiert im Mai und Juni und zu diesem Zeitpunkt liegen die Kantonszahlen gar nicht vor. Wenn ich mich recht erinnere, rügte der damalige Präsident der Finanzkommission das System über die sehr frühe Festlegung der Löhne. Der Punkt ist richtig doch die Diskussion wäre obsolet, wenn man das Einführen der Lohnfestlegung gemäss den damaligen Vorstellungen des Präsidenten der Finanzkommission umsetzte. Es wäre nicht transparenter. Jetzt ist es schwierig zu beurteilen, wird der Kanton einbezogen oder nicht. Jetzt wirkt es wie, wenn es passt, dann zieht man den Kanton bei, wenn es nicht passen, dann nicht. Das ist schlecht. Ich sehe Dein Argument, doch es ist schlecht gelöst hier vorne.

**Daniel Jenni:** Es gibt zwei Aspekte. Der eine Aspekt ist die Teuerung. Das sind aktuell 0.5 % 2017. In den Jahren 2016 und 2015 hatten wir eine Negativteuerung und wir zahlten den gleichen Lohn. Man kann nicht bei einer Negativteuerung sagen, wir bleiben und bei einer positiven Teuerung wir erhöhen. Der zweite Aspekt ist die Motivation. Diese zieht der Mitarbeiter aus einer Wertschätzung. Eine Wertschätzung läuft über den Lohn. Das muss man sich auch bewusst sein. Jeder kann jetzt selber entscheiden.

**Marcel Müller:** In diesem Zusammenhang muss man sich einfach bewusst sein, wir werden eine Steuererhöhung beantragen. Auch in dieser Gemeinde gibt es nicht unwesentlich viel Leute, welche sehr prekäre Arbeitsverhältnisse haben. Jüngere Menschen arbeiten in einem Praktikum, temporär oder stehen in einem befristeten Arbeitsverhältnis. Ältere Leute bangen um ihre Arbeitsstelle, denn sie wissen nicht, ob sie ihre Stelle behalten können. Wir müssen immer das Gesamtpaket betrachten. Bildet sich eine Person weiter um beruflich aufsteigen zu können, dann stehen die 0.4 % zur Verfügung. Doch es ist fraglich jetzt generell 0.5 % auszuschiessen und gleichzeitig eine Steuererhöhung abholen. In der Privatwirtschaft kenne ich einige Leute, welche ihren Job wechseln müssen und dann eine Lohneinbusse von 30 % bis 40 % in Kauf nehmen müssen. Die Zeiten von generellen Lohnerhöhungen sind vorbei. Ich würde gerne wissen, was das Bundesamt für Statistik sagt zum Thema Industriearbeitsplätze und Bankendarbeitsplätze. Dort sinken die Löhne. Wir haben jetzt einfach isoliert den Vergleich betrachtet. Doch bitte nehmt die Privatwirtschaft auch dazu. Haben Sie einen Job bei einer Gemeinde und arbeiten gut, dann hat man den Job relativ auf sicher. Haben Sie einen Job in der Privatwirtschaft, dann ist das Risiko für einen Jobverlust grösser. Das sind Fakten.

**Markus Renggli:** Mich erstaunt es, dass die SP eine tiefere Lohnerhöhung für die Verwaltungsangestellten fordert als der Arbeitgeber. Ich höre das so zum ersten Mal. Seid Ihr so sicher, dass der Antrag mit 0.5 % abgelehnt würde? Ich bin mir da nicht so sicher.

**Ursula Haag:** Die Abstimmung wird wie folgt durchgeführt. Wir stimmen über den Antrag Finanzkommission ab, Antrag SP/Grüne und Antrag Gemeinderat. Man kann nur ja sagen. Der Antrag mit den wenigsten Stimmen fällt weg. Am Schluss werden die beiden Anträge einander gegenübergestellt und abgestimmt.

**Dieter Martin, Gemeindeammann:** Ich halte hier noch einmal fest, unser Personal leistet auch heute immer noch gute Arbeit. Alle ziehen am Wagen mit, obwohl die Gemeinde seit zwei Jahren mit Nullrunden gefahren ist. Das ist auch zu werten. Zudem stehen wir seit drei Jahren

unter einem finanziellen erhöhten Druck und es bestehen zum Teil organisatorische Probleme. Ich möchte an Euch appellieren, der Lohnerhöhung von 0.5 % zuzustimmen.

**Ursula Haag:** Diese Abstimmung ist eine grosse Herausforderung. Ihr könnt bei den drei Anträgen in der ersten Runde nur einmal abstimmen. Ist das klar?

---

## Abstimmung

**Antrag der Finanzkommission: Die Lohnerhöhung von 0.5 % sei abzulehnen.**

**Christian Keller:** Ich stelle einen Ordnungsantrag. Ich möchte, dass die beiden Anträge der Finanzkommission und der SP/Grüne zuerst gegeneinander ausgespielt werden. Nachher soll die Abstimmung des Gewinners gegen den Antrag des Gemeinderates folgen.

**Carol Demarmels:** Wir ziehen unseren Antrag zurück. Grundsätzlich wäre das Verfahren mit den drei Gegenüberstellungen super gewesen. Doch wir hoffen, dass mit unserem Rückzug, eine Lohnerhöhung von 0.5 % gesprochen wird.

**Antrag der Finanzkommission: Die Lohnerhöhung von 0.5 % sei abzulehnen.**

**Dieser Antrag wird mit 15 Ja-Stimmen zu 18 Nein-Stimmen abgelehnt.**

**Ursula Haag:** Will jemand noch etwas wissen zu den strukturellen Lohnerhöhungen von 0.4 %?

**Peter Marten, Präsident Finanzkommission:** Ich habe eine Bemerkung anzubringen. Ich vermute, der Text wurde nicht von allen verstanden. Die Finanzkommission stellt sich nicht gegen strukturelle Lohnerhöhungen. Betrachten wir jedoch die Situation und jedes Jahr erfolgt eine Erhöhung von 0.4 %, wird impliziert, dass wir jedes Jahr die gleichen strukturellen Anpassungen haben. Wir sind der Meinung, dass es gar nicht möglich ist, jedes Jahr die gleichen strukturellen Veränderungen mit einer Population von 60 Leuten zu haben. Wir haben angeregt, dass man vorausblicken soll. Ich denke, mit einer Arbeitspopulation von 60 Leuten wäre dies möglich und man könnte besser abschätzen, ob wir uns im einen Jahr eher bei 0.1 % oder allenfalls in einem anderen Jahr eher bei 0.8 % bewegen. Wird kontinuierlich immer 0.4 % angewendet, resultiert ein Giesskanneneffekt. Die Finanzkommission vertritt die Meinung, eine strukturelle Anpassung soll kein Giesskanneneffekt sein, sondern zum Tragen kommen, wenn etwas zutrifft. Die Finanzkommission wehrt sich nicht gegen die strukturelle Lohnerhöhung. Es steckt eine andere Denkweise dahinter, welche der Realität angepasst werden sollte.

**Ursula Haag:** Die Abstimmung darüber erfolgt dann bei der Schlussabstimmung.

Ich habe eine Entschuldigung von Christian Bossard vergessen. Er musste sich einer Knieoperation unterziehen.

Wir kommen nun zur Detailberatung des Budgets ab Seite 36 bis Seite 79. Wir arbeiten uns von Dienststelle zu Dienststelle durch. Anträge sind bei der entsprechenden Dienststelle und beim entsprechenden Konto zu stellen. Die Abstimmung erfolgt unmittelbar danach.

## 0 Allgemeine Verwaltung

**Christian Keller: Konto 0110.3000.02.** Es geht um die Entschädigung des Einwohnerrates. Es haben sich die Parteifraktionspräsidenten im Mai getroffen. Es wurden die Wahlen vorbesprochen. Dabei wurde auch über das Sitzungsklima im Einwohnerrat diskutiert. Es hat sich herauskristallisiert, dass die Sitzungen immer öfters bis nach 23 Uhr dauern. Ihr erinnert Euch sicher an

die Budgetdebatte vor einem Jahr. Die Strassenlampen waren schon abgeschaltet nach Sitzungsende. Wir hatten das Gefühl, dass es so nicht mehr stimmt. Man sollte mehr Zeit haben und man sollte auch einmal Gelegenheit haben, nach der Sitzung zusammen ins Restaurant zu gehen, um sich nach dem formellen Rahmen bei einem Bier austauschen kann. Das erleichtert auch die Situation, wenn man sich vor einem kontroversen Geschäft austauschen kann. Das kann helfen, dass man besser zueinander findet und ein Kompromiss gefunden werden kann. Im Einverständnis der Fraktions- und Parteipräsidenten sind wir übereingekommen, dass man eigentlich zwei zusätzliche Sitzungstermine als Reservertermine im Sitzungskalender aufnehmen sollte. Ein Termin wäre als Reservetermin zum Budget gedacht, je nachdem verteilt man die Budgetrunde auf zwei Abende. Der andere Termin als allgemeiner Reservetermin. Ich habe mich nochmals bei den Fraktionspräsidenten erkundigt, ob diese immer noch hinter dieser Idee stehen. Ich habe positive Rückmeldungen erhalten, was mich sehr freut. Ich habe das der Verwaltung weitergeleitet, dass diesbezüglich ein Antrag gestellt wird. Gleichzeitig wollte ich wissen, was das zusätzlich kostet. Es würde bedeuten, dass CHF 6'500 mehr ins Budget aufzunehmen wären für das Konto 0110.3000.02. Der Antrag: Der Betrag für Löhne und Entschädigungen Einwohnerrat ist um CHF 6'500 auf CHF 29'600 zu erhöhen. Ich bitte Euch im Interesse eines guten Sitzungsklimas dem Antrag zuzustimmen. Egal, ob Ihr zustimmt oder nicht, ich werde im zweitletzten Traktandum Termine noch einmal ein Antrag stellen, dass zwei zusätzliche Sitzungstermine eingeplant werden sollen. Ob diese gebraucht werden oder nicht, wird sich zeigen. In dieser Abstimmung geht es um die zusätzliche Budgetierung der Sitzungen.

**Ursula Haag:** Volkmar Haueisen ist eingetroffen. Wir sind jetzt 34 anwesende Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Das absolute Mehr beträgt 18.

### **Abstimmung**

**Antrag Christian Keller: Konto 0110.3000.02, Löhne und Entschädigungen Einwohnerrat: Der Betrag der Löhne und Entschädigungen Einwohnerrat ist um CHF 6'500 auf CHF 29'600 zu erhöhen.**

**Dieser Antrag wird mit 32 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme und einer Enthaltung genehmigt.**

**Antrag Finanzkommission: Konto 0290.3132.00, Verwaltungsliegenschaften, übriges, Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.: Reduktion um CHF 15'000. Der ganze Betrag wird gestrichen.**

**Peter Marten, Präsident Finanzkommission:** Wieso stellt die Finanzkommission diesen Antrag? Es ist uns klar, dass im Areal Bachmatt etwas unternommen werden muss. In verschiedenen Besprechungen konnte uns aber nicht aufgezeigt werden, was der Gemeinderat konkret mit diesen Ausgaben machen will. Wir haben schon von drei Varianten gehört, doch wir wissen nicht, ob noch eine vierte oder fünfte folgen wird. Einer Planungskommission müssen Ziele vorgegeben werden, was dort möglich ist. Unsere Erwartungshaltung ist, dass ein grosser Bild auf Stufe Gemeinderat existieren sollte mit den groben Stossrichtungen. Dann wäre es eher Sache einer Kommission, diese Bälle aufzunehmen und vielleicht eigene Bälle zurückzuspielen. Doch jetzt wird die Führungsaufgabe an die Kommission zurückgespielt. Vielleicht habe ich ein komplett falsches Verständnis, was die Zusammenarbeit von Kommissionen und Gemeinderat betrifft. Wir werden im nächsten Jahr einen neuen Gemeinderat haben, welcher sich finden muss und darf und welcher neue Legislaturziele formulieren muss. Er muss sich mit der neuen Gemeindeführungsorganisation auseinandersetzen etc. Ich frage mich, ob man realistisch Weise überhaupt Zeit hat, das Thema Bachmatt anzugehen. Darum habe ich das Gefühl, wir vergeben uns nicht viel, wenn dem Antrag der Finanzkommission zugestimmt wird und der Betrag gestrichen wird.

**Erich Schmid:** Dieter zeigte auf, was dort laufen soll. Mir ist aufgefallen, dass auch der Standort der bestehenden Gebäude miteinbezogen werden sollte wie zum Beispiel Strübelihuus

etc. Ich frage mich, ob das in diesem Sinne nicht zu dieser Planungsaufgabe gehört? Zum andern müssen wir uns bewusst sein, betrachten wir das Areal, werden Wünsche geweckt. Wir haben kein Geld für irgendwelche Massnahmen. Investieren wir jetzt CHF 15'000 in die Planungskosten und es werden Vorschläge unterbreiten mit Kosten von CHF 5 Mio., frage ich Euch, wer stimmt dem zu? Haben wir das Geld? Wird das von der Bevölkerung getragen mit einer zusätzlichen Steuererhöhung von 5 %, weil dort Ideen entwickelt wurden? Heute würden wir einen Planungskredit sprechen, welches ein Vielfaches von Kosten generieren wird. Ich bin 100 % überzeugt, in zwei Jahren werden wir einen allfälligen Kredit ablehnen, weil die finanziellen Mittel fehlen. In zehn Jahren nehmen wir noch einmal CHF 15'000 in die Hand, um eine Arealüberbauung neu zu prüfen, falls Geld vorhanden ist. Aus dieser Sicht wäre der Kredit aus dem Fenster geworfenes Geld. Warum erfolgt der Auftrag an die Planungskommission erst jetzt? Es wurde schon mehrmals darüber diskutiert. Dieter, Du hast gesagt, die Planungskommission werde jetzt dann beauftragt. Doch das hätte bereits vor zwei Jahren gemacht werden können, als es damals abgelehnt wurde. Das wurde während den letzten zwei Jahren verpasst.

\_\_\_\_\_

### **Abstimmung**

**Antrag Finanzkommission: Konto 0290.3132.00, Verwaltungsliegenschaften, übriges, Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.: Reduktion um CHF 15'000.**

**Dem Antrag wird mit 26 Ja-Stimmen zu 3 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen zugestimmt.**

\_\_\_\_\_

### **1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung**

Keine Wortmeldungen

\_\_\_\_\_

### **2 Bildung**

Keine Wortmeldungen.

\_\_\_\_\_

### **3 Kultur, Sport und Freizeit**

**Marcel Müller: Konto 3210.3632.00 Bibliotheken, Beiträge an Gemeinden und Gemeindeverbände von jährlich CHF 20'000.** Die SVP Fraktion beantragt dem Rat angesichts der äusserst schwierigen Finanzlage in Obersiggenthal die gänzliche Streichung dieser jährlichen, freiwilligen Geldüberweisung von CHF 20'000 an die Bibliothek in Baden. Unsere Gemeinde hat selber eine gut ausgebaute Bibliothek, deren Bestand auch immer wieder erneuert wird. Ferner werden von den Kunden auch immer mehr digitale Kanäle wie E-Books oder das Internet genutzt. Die CHF 20'000 nach Baden sollten wir uns in der aktuellen Finanzsituation jetzt ernsthaft nicht mehr leisten. Wir brauchen dieses Geld dringend in unserer Gemeinde. Hier können wir etwas beeinflussen. Wir haben ja vorhin gehört, dass wir sonst nicht viel beeinflussen können. Wir können zeigen, dass es uns ernst ist mit Notwendigem und nicht Wünschbarem.

**Marcel Müller: Konto 3290.3636.03 Kultur, übriges, Beiträge an private Organisationen (Kulturszene) von jährlich CHF 15'000.** Die SVP Fraktion beantragt dem Rat angesichts der äusserst schwierigen Finanzlage in Obersiggenthal die gänzliche Streichung dieser jährlichen, freiwilligen Geldzuweisung von CHF 15'000 an die Kulturszene zur finanziellen Unterstützung auswärtiger Künstler. In jedem Beruf muss etwas produziert und verkauft werden, dass auch eine genügende Marktnachfrage hat um wirtschaftlich bestehen zu können, so zum Beispiel Metzger,

Schreiner, Bäcker, Vermögensverwalter usw. Keiner von ihnen kann bei der Gemeinde anknöpfen und sagen, dass es halt nicht reicht und man Geld sehen möchte. Auch von der Kultur und Kulturschaffenden muss erwartet werden, dass sie von ihrer Arbeit wirtschaftlich leben können, weil es für ihre Arbeit auch eine entsprechend bezahlte Nachfrage gibt. Sollten die Zuschauer nicht in genügender Zahl erscheinen oder nicht bereit sein, über den Billettpreis so viel zu bezahlen, dass der Künstler davon leben kann, dann müssen Sponsoren und/oder Mäzene gesucht werden, die diesen Künstler unterstützen wollen. Wie gesagt, wir können auch nicht beim Staat anknöpfen, wenn die Firma nicht läuft. Übrigens steht unsere Gemeinde bei Kultur, Sport und Freizeit, da gehört auch das Hallen- und Gartenbad sowie die Sporthalle dazu, mit den Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung im Jahr 2015 auf Platz 2 von 26 Gemeinden im Bezirk. Wir leben in diesem Bereich in grossen finanziellen Schuhen. Mit diesen zwei Sparanträgen der SVP könnten in 10 Jahren CHF 350'000 gespart und zum Beispiel für den Bau eines Kindergartens oder die Sanierung von Strassen ausgegeben werden. Notwendiges eben und nicht Wünschbares.

**Markus Renggli:** SVP nahe stehen zum Teil Landwirtschaftsbetriebe. Sie kümmern sich um Kulturen und Landschaft. Kultur, welche wir hier unterstützen, kümmert sich um Menschen und um ihre Seelen. Wird wie vorhin argumentiert, dann müssten bei den Bauern, welche das Landschaftsbild pflegen und auch keinen Gewinn aus der Landwirtschaft erzielen, ihre Subventionen auch gekürzt werden.

**Erich Schmid:** Ich bin gleicher Meinung und ich bin dafür, dass umgehend darüber abgestimmt wird. Wir diskutieren alle Jahre über dieses Thema. Es wurden bereits Kürzungen vorgenommen. Wir sollten wirklich darüber abstimmen und weiterfahren.

**Urs Müller:** Erich hat recht. Wir diskutieren jedes Jahr darüber. Ich muss aber etwas korrigieren, was Marcel Müller immer wieder falsch sagt. Wir stehen an zweiter Stelle bei Kultur und Sport. Doch er streicht immer Kultur. Natürlich ist Kultur und Sport beieinander, da sind die Sporthalle und das Schwimmbad dabei. Darum stehen wir an zweiter Stelle. Nehmen wir die Kultur alleine, dann stehen wir am Schluss. Deshalb möchte Euch bitten, diese Beiträge nicht zu streichen. Unsere Schüler, welche die Kantonsschule besuchen, sind froh, wenn sie in der Bibliothek Baden arbeiten können.

**Christine Brüesch:** Es wird immer wieder argumentiert, wir sollen das Geld in der Gemeinde behalten und nicht an andere Gemeinde geben. Wir haben ja selber nicht genug. Die Bibliothek Baden gehört zu unserer Region. Sie ist die grosse Bibliothek unserer Region. Wir sollten uns doch nicht nur so eng und in unserer Gemeinde gefangen sehen. Wir sind ein Teil einer Region, wir sind ein Teil vom Kanton und wir sind Teil von einem Land.

**Theo Flückiger:** Wir haben das letzte Mal gesagt, wir wollen kein Theater unterstützen und wir wollen das Geld in unserer Gemeinde behalten. Warum streichen wir nun hier? Die Bibliothek in Baden wird von vielen Obersiggenthalern genutzt. Wird das Verursacherprinzip als Basis genommen, dann bezahlen wir zu wenig und wir müssten mehr bezahlen.

**Marcel Müller:** Die der Arbeitsgruppe Finanzen vorgelegten Frequenzzahlen waren nicht so gigantisch. Es geht um 300 bis 400 Leute pro Jahr. Unsere Gemeinde hat immerhin 8'500 Einwohner. Rechne ich das nun prozentual um, so liegen wir bei 6 bis 8 % der Bevölkerung von Obersiggenthal, welche die Bibliothek nutzt.

**Dieter Martin, Gemeindeammann:** Wir haben sogar bei einem Betrag von CHF 30'000 nicht so viel bezahlt, wie wir eigentlich vom Aufwand her hätten müssen. Wir haben den Beitrag dann auf CHF 20'000 gekürzt. An der letzten Sitzung wurde unser Beitrag an das Kurtheater gestrichen. Es wurde unser Beitrag an das Sport- und Erholungszentrum Tägerhard in Wettingen gestrichen. Ich finde, es ist eine gefährliche Entwicklung, wenn sich jetzt jede Gemeinde infolge Finanzproblemen beginnt sich abzuschotten. Auch Baden legt dem Stimmvolk eine Steuerfusserhöhung von 8 % vor. Am Schluss schaut jede Gemeinde nur noch für sich. Darum

möchte ich Sie bitten, den Anträgen von Marcel Müller nicht zuzustimmen. Die wenige Kultur sollte erhalten bleiben.

**Christine Brüesch:** Ich empfinde das jetzt als massiven Frontalangriff gegen die Kultur selber. Kultur ist nicht nice to have. Der Mensch braucht Kultur, das ist sein Ferment. Kultur hilft, dass man selber denken und eigene Gedanken entwickeln kann. Sie ist ein Stimulus, dass sich der Mensch mit verschiedensten Sachen und Ebenen vom Menschsein auseinandersetzt. Das möchte von gewissen Seiten zusammengeschlagen werden. Man möchte, dass den Schülern nur noch Grundkompetenzen wie Rechnen und Schreiben gelehrt werden. Das kostet alles viel weniger. Mein Menschenbild ist ein anderes.

**Marcel Müller:** Wir sind nicht gegen Kultur. Kultur muss sich selber in weiten Teilen finanzieren können. Das ist unser Thema. Um Kultur zu machen, sollen alle Formen von Kultur umgesetzt werden. Gibt es ein Markt dafür und kann man davon leben? Wenn nein, dann braucht es Sponsoren und Mäzenen. Dass die Allgemeinheit dies mitfinanzieren soll, das wird höchstwahrscheinlich im ganzen Land je länger je weniger sein. Die Finanzen werden nicht nur bei uns weniger, sie werden im Land weniger. Die Kultur muss sich überlegen, wie sie sich selber finanzieren kann. Es wird schwierig werden, Steuererhöhungen durchzusetzen und gleichzeitig dem Volk zu erklären, dass sie Beiträge zu bezahlen haben an Leute, die etwas produzieren. Betrachten wir die Auslastungen unserer Kulturszene, so sehen wir pro Vorstellung 50 Besucher. In unserer Gemeinde wohnen rund 8'600 Einwohner.

**Daniel Jenni:** Stehen wir an zweiter Stelle, dann müsste der Posten gestrichen werden, der uns auf den zweiten Platz bringt. Dann muss keine Augenwischerei erfolgen, indem man irgendetwas macht, was einem nicht passt. Wir müssten dort ansetzen, wo es etwas bringt. Das wäre das Hallenbad.

---

## Abstimmung

**Antrag SVP: Konto 3210.3632.00 Bibliotheken, Beiträge an Gemeinden und Gemeindeverbände von jährlich CHF 20'000. Dieser Beitrag ist gänzlich zu streichen.**

**Dieser Antrag wird mit 2 Ja-Stimmen zu 32 Nein-Stimmen abgelehnt.**

**Antrag SVP: Konto 3290.3636.03 Kultur, übriges, Beiträge an private Organisationen (Kulturszene) von jährlich CHF 15'000. Dieser Beitrag ist gänzlich zu streichen.**

**Dieser Antrag wird mit 2 Ja-Stimmen zu 32 Nein-Stimmen abgelehnt.**

---

## 4 Gesundheit

Keine Wortmeldungen

---

## 5 Soziale Sicherheit

**Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin:** Es geht um einen Antrag auf Seite 62, Konto 5440.3144.00 Unterhalt Hochbauten. Im Moment sind darin CHF 2'400 enthalten. Wir möchten zusätzlich CHF 10'000 beantragen für die Renovation eines Bandraums. Im Rahmen der Budgetierung in der Abteilung Bau und Planung wurde der Antrag für die Renovation des Raums, den das Jugendnetz eingereicht hatte, aus finanziellen Gründen mit Priorität B (wird auf später verschoben) eingestuft und anschliessend wurde nicht mehr weiter darüber disku-

tiert. Nicht bewusst war uns damals, dass für die Miete dieses Raums im Budget 2018 beim Jugendnetz CHF 3'000 als Mieteinnahmen eingestellt sind. Das Jugendnetz vermietet drei Räume im Untergeschoss, sogenannte Bandräume. Der Raum in der Südostecke (unter Altbau) ist gegen aussen nicht isoliert (rohe Betonmauer), d. h. die innere Mauerecke kühlt sich zu stark ab, es gibt dauernd Schimmelpilze und teilweise je nach Witterung nasse Stellen. Einerseits leiden die Musikinstrumente, andererseits ist der Schimmelpilz auch für die Gesundheit der Mieter nicht zuträglich. Seit der Kündigung des letzten Mieters kann dieser Raum deshalb nicht mehr vermietet werden. Die baulichen Massnahmen von total CHF 10'000 beinhalten eine Aussenisolation, Ausgrabungen entlang der Fassade und Zimmermann- und Spenglerarbeiten. Das Jugendnetz ist überzeugt davon, dass der Raum nach der Sanierung sofort wieder vermietet werden könnte, denn die Nachfrage nach solchen Bandräumen in der Region ist sehr gross. Mit CHF 3'000 jährlichen Mieteinnahmen wären die Sanierungskosten nach vier Jahren sicher gedeckt. Darum ist der Gemeinderat der Ansicht, dass es vertretbar ist, Ihnen diesen Antrag zu unterbreiten. Ich bitte Sie um Ihre Unterstützung.

**Peter Marten, Präsident Finanzkommission:** Ich habe eine Verständigungsfrage. Sehe ich das richtig, dass die Erträge aus dieser Vermietung im Konto 5446, Jugendarbeit, anfallen resp. Mietzinse von gemieteten Liegenschaften?

**Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin:** Es wurde alles bei der Jugendarbeit verbucht, also Aufwand und Ertrag.

**Peter Marten, Präsident Finanzkommission:** Das Konto, das belastet wird, ist 5440, Jugendschutz, richtig? Müsste der Ertrag dann nicht auch in diesem Konto verbucht werden?

**Walter Vega, Gemeinderat:** Die ganze Abrechnung läuft über das Jugendnetz, das ist richtig. Auf der einen Seite stehen die Erträge und auf der anderen der Aufwand.

**Peter Marten, Präsident Finanzkommission:** Für mich ist die Frage beantwortet.

**Jacqueline Magni:** Ich habe noch eine Verständnisfrage. Sind es drei Räume und nur einer muss renoviert werden oder alle drei?

**Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin:** Nur ein Raum. Die anderen zwei Räume sind vermietet.

**Walter Vega, Gemeinderat:** Das Jugendnetz bezahlt an die Gemeinde Miete für den Raum. Die Situation ist vergleichbar, wie wenn ich eine Wohnung mieten würde und der Keller schimmelt. Dann würde ich vom Vermieter erwarten, dass er sich um eine fachgerechte Instandsetzung sorgt. Wir müssen das nun beim Jugendnetz machen. Dies zum Verständnis.

---

## Abstimmung

**Antrag Gemeinderat: Konto 5440.3144.00 Jugendschutz, Unterhalt Hochbauten. Das Konto ist um CHF 10'000 zu erhöhen. Der Budgetbetrag 2018 beträgt neu CHF 12'400.**

**Der Antrag wird einstimmig genehmigt.**

---

## 6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung

**Christian Keller:** Wir hatten vorgängig einen Antrag, der Kulturszene CHF 15'000 zu streichen. Wenn dies angeommen worden wäre, dann hätten wir gar keine Kultur mehr. Wir haben abgestimmt über CHF 20'000 Beitrag an die Bibliothek Baden. Betrachten wir nun diese Zahlen hier, dann geht es um andere Beträge. Wir weisen Beiträge an Kantonsstrassen von fast CHF 400'000 aus. Es besteht das Kantonsstrassendekret, welches verantwortlich dafür ist, dass die

Gemeinden bei Ortsdurchfahrten einen Anteil der Kosten übernehmen müssen. Ein Fussgängerstreifen zum Beispiel ist für die Einheimischen da, diese Personen wollen ja die Strasse überqueren. Wieso müssen dann fremde Autofahrer bezahlen? Wir können das auf Gemeindeebene nicht lösen. Es ist im Kanton Aargau einfach so. Ich kenne keinen anderen Kanton, der so etwas kennt. Wir haben auch Gemeindestrassen. Wir haben im Budget für die Gemeindestrassen jedes Jahr einen Betrag von CHF 1 Mio. Schauen wir mal, wofür diese Strassen gebraucht werden, dann sehen wir, dass diese sehr ungleich genutzt werden. Es gibt Leute, die sind mit dem Rollator unterwegs. Es gibt Leute, die sind mit dem Velo, mit Kinderwagen unterwegs. Doch es gibt ganze viele Leute, die sind ausschliesslich motorisiert unterwegs. Da frage ich mich, warum wird nicht verursachergerecht abgerechnet? Warum müssen alle Steuerzahler, auch jene mit dem Rollator, an die Million zahlen? Das ist doch nicht fair. Marcel findet es auch nicht fair, dass er an die Kulturszene zahlen muss. Er geht ja nie. Bei der Kultur geht es um CHF 15'000. Hier sprechen wir von einer Million. Ich glaube, über dieses Thema müssen wir sprechen. Vielleicht hat der Gemeinderat einen Vorschlag, dieses Problem zu lösen. Es ist nicht gerecht. Natürlich dienen die Strassen allen. Aber nicht alle sind verantwortlich, dass diese so viel kosten. Ich stelle diesbezüglich aber keinen Antrag.

**Eugen Paul Frunz:** Eine solche Diskussion kann mit anderen Themen wie zum Beispiel Schulen weitergeführt werden. Diejenigen, die keine Kinder haben, zahlen trotzdem an die Schulkosten. Ich glaube, darüber müssen wir nicht diskutieren.

**Anna-Katharina Hess:** Wir haben schon viel über Sparen gesprochen. Doch ich stelle einen Antrag, einen Beitrag neu ins Budget zu setzen, welcher fehlt. Es geht um das Konto 6130.3111.00 Anschaffung Maschinen, Geräte und Fahrzeuge, welches noch nicht im Budget enthalten ist. Ich beantrage die Wiederbeschaffung der Fahnen für den Kreisel Zentrum und dafür ist einen Betrag von CHF 9'000 ins Budget aufzunehmen. Durch viele Statements aus der Bevölkerung, vor allem während der Badenfahrt, haben mich zu diesem Antrag bewogen. Unser Zentrum mit dem Kreisel und dem Platz erscheint ohne Fahnen fade und noch leerer als unsere Kasse. Am Jugendfest, am 1.-August oder bei anderen Gelegenheiten herrscht dort eine Leere. Der Fahnschmuck im Kreiselmittelpunkt wurde von den Schülern aus unserem OSOS gestaltet. Die Fahnenburg, wie sie genannt wurde, wurde zu einem beliebten und belebenden Element in unserer Gemeinde und auf der Landstrasse. Die Obersiggenthalerinnen und Obersiggenthaler erwarten vom Einwohnerrat, dass nach zwei leeren Jahren der Neubeschaffung der Fahnen zugestimmt wird. Es kommt dazu, dass der heutige Zustand des Kreisels ohne Fahnen nicht mehr der ursprünglichen Abmachung mit dem Kanton entspricht. Er widerspricht den allgemeinen Anforderungen an den Kreiselmittelpunkt bezüglich der Verkehrssicherheit. Die Durchsicht der Kreiselmittelpunktfläche muss gebrochen sein. Der Kanton bewilligte ausdrücklich die Gestaltung der Kreiselmittelpunktfläche mit der Fahnenburg. Von den Privaten verlangt man auch, dass die Auflagen und Vorschriften eingehalten werden. Darum möchte ich beliebt machen, dass Sie meinen Antrag unterstützen und die Fahnen wieder montiert werden. So würde unsere Gemeinde auch farblich wieder wahrgenommen.

**Franziska Grab, Vizeammann:** Wir begrüßen diesen Antrag. Wir hätten schon lange gerne den Kreisel wieder mit Fahnen bestücken lassen. Ein Hinweis zu den CHF 9'000. Die Fahnen halten nicht nur ein Jahr. Die durchschnittliche Lebensdauer der Fahnen beträgt etwa drei Jahre.

**Anna-Katharina Hess:** Es könnten ja verschiedene neue Offerten eingeholt werden.

**Peter Marten, Präsident Finanzkommission:** Ich lebe mit der Tatsache, dass die Fahnen im Zentrumskreisel nicht stehen, weil defacto infolge des grossen Verkehrsaufkommens die Autos beim Kreisel stehen müssen. Die Gefahr ist also relativ klein, dass mit dem Auto über den Kreisel gerast wird. Ich würde erwarten, wenn ein solcher Antrag gestellt wird, dass im Gegenzug ein Antrag gestellt wird, wie man die CHF 9'000 einsparen kann. Das wäre die Konsequenz.

## Abstimmung

**Antrag BDP: Konto 6130.3111.00 Anschaffung Maschinen Geräte. Das Konto ist neu mit CHF 9'000 ins Budget aufzunehmen.**

**Der Antrag wird mit 15 Ja-Stimmen zu 18 Nein-Stimmen und einer Enthaltung abgelehnt.**

**Peter Marten, Präsident Finanzkommission:** Im Konto 6150.3132.00, Gemeindestrassen, Honorare, sind CHF 17'000 eingesetzt für sogenanntes Mobil-Mapping-Verfahren. Die Aufnahmen erfolgen mit dem Auto, welches Google-mässig durch die Strassen fährt und Aufnahmen generiert. Mit diesem Verfahren kann am Computer geschaut werden, wo sich Schächte, Strassen und Häuser etc. befinden. Die Finanzkommission hat sich Mitte August darüber informieren lassen. Wir haben gefragt, ob von diesem System nicht auch das Abwasserwerk und das Wasserwerk profitieren. Uns wurde bescheinigt, dass dem so ist. Daraufhin haben wir angefragt, einen Teil auf das Wasser und das Abwasser zu verteilen. Zwei Wochen später hatten wir Sitzung mit dem Gemeinderat. Wir haben nachgefragt, ob das komplexe Problem gelöst werden konnte. Uns wurde beschieden nein, noch nicht. Ich habe mir erlaubt, das ganze an die Hand zu nehmen und zu lösen. Ich stelle folgenden Antrag: Die Honorare sind um CHF 11'600 zu reduzieren und im Gegenzug sind die beiden Konten 7201.3132.0 Abwasser, Honorare und 7101.3132.0 Wasserwerke, Honorare um je CHF 5'800 zu erhöhen. So wären die Kosten geteilt, weil defacto alle drei Werke davon betroffen sind. Somit wäre die Pendeuz erledigt, sollte dem Antrag entsprochen werden.

**Franziska Grab, Vizeammann:** Das ist in Ordnung. Wir konnten das Problem aus Krankheitsgründen nicht lösen.

---

## Abstimmung

**Antrag Finanzkommission: Konto 6150.3132.00 Gemeindestrassen, Honorare. Das Konto ist um CHF 11'600 zu reduzieren. Dieser Betrag wird mit je CHF 5'800 auf die Konten 7201.3132.00 Abwasser, Honorare und 7101.3132.00 Wasserwerke, Honorar, verteilt.**

**Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.**

---

## 7 Umweltschutz und Raumordnung

**Ursula Haag:** Es liegt ein Antrag der Finanzkommission vor. Konto 7710.3132.00 Friedhof und Bestattung, Honorare und ext. Berater, Gutachter, Fachexperten etc. Der Betrag von CHF 30'000 ist aus dem Budget zu streichen.

**Peter Marten, Präsident Finanzkommission:** Wir hatten diesen Antrag bereits im letzten Budget aufgeführt. Wir hatten uns im letzten Jahr bereits über die immensen Kosten und Stundenaufwendungen, welches die Submissionsvorbereitung kosten sollte, gestört. Diese Kosten für die Ausarbeitung einer Submission, Überarbeitung des Friedhofreglementes und die Erstellung eines Unterhaltsplanes erscheinen uns exorbitant hoch. Die Finanzkommission ist sich durchaus bewusst, dass ein Friedhof ein heikles Thema ist. Es muss alles geregelt sein, das ist klar. Aber betrachtet man die Stunden, dann fällt es uns schwer zu glauben, dass wirklich so viele Stunden benötigt werden. Wir können uns nicht vorstellen, dass eine Erstellung eines Unterhaltsplanes für einen Friedhof einen solch hohen Stundenaufwand erfordert. Es handelt sich beim Friedhof Kirchdorf nicht um den einzigen Friedhof in der Schweiz. Wir könnten uns gut vorstellen, dass bezüglich Friedhofreglement gewisse Vergleiche vorhanden sind. Wir wehren uns nicht grundsätzlich dagegen, dass etwas gemacht werden muss. Aber innerhalb eines Jahres sind die Kosten von CHF 36'000 auf CHF 30'000 gesunken. Wir sind der Meinung, es liegt noch

mehr drin. Wird aus Sicht Finanzkommission ein vernünftiges Niveau erreicht, dann sind wir gerne bereit und unterstützen. Doch CHF 30'000 sind zu viel.

---

### Abstimmung

**Antrag Finanzkommission: Konto 7710.3132.00 Friedhof und Bestattung, Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten. Der Betrag von CHF 30'000 ist zu streichen.**

**Dem Antrag wird mit 24 Ja-Stimmen zu 5 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen zugestimmt.**

---

### 8 Volkswirtschaft

Keine Wortmeldungen

---

### 9 Finanzen und Steuern

Keine Wortmeldungen

---

**Franziska Grab, Vizeammann:** Ich stelle einen Rückkommensantrag betreffend Fahnenkreisel, Konto 6130.3111.00. Ich mache darauf aufmerksam, dass zurzeit ein rechtswidriger Zustand beim Zentrumskreisel herrscht. Ich hätte beliebt gemacht, dass wenigstens die Hälfte des Betrages von CHF 4'500 ins Budget aufgenommen würde. So könnten die Hälfte der Fahnen wieder gestellt werden. So könnte der rechtswidrige Zustand, welcher seit zwei Jahren herrscht, eliminiert werden bevor der Kanton auf uns loskommt, weil wir die Auflagen nicht erfüllen. Ich stelle den Antrag, das Konto 6130.3111.00 um CHF 4'500 aufzustocken.

**Peter Marten, Präsident Finanzkommission:** Besteht die Möglichkeit zur Güte, bei den Gemeindestrassen den Unterhalt entsprechend zu reduzieren? Dann wäre es kostenneutral.

**Franziska Grab, Vizeammann:** Zu Beginn der heutigen Einwohnerratssitzung wurde über zusätzliche Sitzungen im Einwohnerrat von zusätzlich CHF 6'500 beschlossen. Da hast Du nichts über Kostenneutralität gesagt. Wir können bei den Gemeindestrassen wohl kürzen, doch ich kann Dir versichern, bei einem grossen Schlagloch muss aufgefüllt werden, egal ob das Budget vom Einwohnerrat um CHF 4'500 gekürzt wurde oder nicht. Es ist immer alles möglich. Der heutige Kreiselzustand ist rechtswidrig. Wir diskutierten schon oft darüber und fragten uns, was passiert, wenn der Kanton kommt? Es könnten zum Beispiel nur im Innenkreisel Fahnen gestellt werden, dann würden nur halb so viele Fahnen benötigt. So hätten wir die gesetzlichen Auflagen für mindestens drei Jahre erfüllt.

**Eugen Paul Frunz:** Mich interessiert, wieso bis jetzt nichts budgetiert wurde, obwohl eine rechtswidrige Situation besteht?

**Franziska Grab, Vizeammann:** Wir haben gekürzt im Wissen, dass es rechtswidrig ist.

**Carol Demarmels:** Ich habe einen unkonventionellen Vorschlag betreffend Kostenneutralisation. Wir haben vorhin zwei zusätzlichen Sitzungen zugestimmt. Wie wäre es, wenn wir auf ein Sitzungsgeld verzichten zu Gunsten der Fahnen? Ich stelle einen Antrag, geht das, mit dem Transfer des Sitzungsgeldes der zusätzlichen Sitzung zu Gunsten der Fahnen? Es ist ja sowieso die Idee, dass die Budgetsitzung auf zwei Sitzungen verteilt werde, sollte die Sitzung länger dauern. Falls eine zweite Budgetsitzung notwendig ist, wird ein Sitzungsgeld zu Gunsten der Fahnen verwendet.

**Markus Renggli:** Das müsste der neu gewählte Einwohnerrat beschliessen.

**Ursula Haag:** Wir stimmen nun zuerst über den Antrag des Gemeinderates ab.

---

### Abstimmung

**Rückkommensantrag Gemeinderat: Konto 6130.3111.00, Kantonsstrassen, Anschaffung Maschinen, Geräte und Fahrzeuge. Für die Beschaffung der Fahnen im Zentrumskreis sind CHF 4'500 ins Budget aufzunehmen.**

**Dem Rückkommensantrag des Gemeinderates wird mit 20 Ja-Stimmen zu 14 Nein-Stimmen zugestimmt.**

**Peter Marten, Präsident Finanzkommission:** Ich stelle einen Rückkommensantrag zum Konto 6150.3141.00, Gemeindestrassen, Unterhalt. Der Budgetbetrag ist um CHF 4'500 zu kürzen. Wir haben einen Budgetprozess und es werden Stunden über Stunden über das Budget beraten. Wir feilschen um jede Kittfuge und um jedes Dach, welches saniert werden muss etc. Ich habe Sympathien für den Antrag der Fahnen beim Kreisel. Aber so geht es einfach nicht.

**Daniela Graubner:** Eine Anmerkung bezüglich der Sitzungen, über welche vorhin gesprochen wurden. Wir geben das Geld ja nicht aus, wenn effektiv keine Sitzung stattgefunden hat. Findet im nächsten Jahr eine März-Sitzung statt, dieses Jahr hatten wir ja keine, dann würde es das wieder reinholen. Es kommt auf Euch an, die Traktanden rechtzeitig zu bringen. Dann brauchen wir den Betrag nicht.

---

### Abstimmung

**Rückkommensantrag Finanzkommission: Konto 6150.3141.00, Gemeindestrassen, Unterhalt Strassen / Verkehrswege. Der Betrag ist um CHF 4'500 zu reduzieren auf neu CHF 181'900.**

**Dieser Antrag wird mit 22 Ja-Stimmen zu 6 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen angenommen.**

---

### Schlussabstimmung

**Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, das Budget 2018 (inkl. Eigenwirtschaftsbetriebe) mit einem Steuerfuss von 105 % (= Erhöhung von 100 % auf 105 %), die Summe der Stellenplanprozentante gemäss Stellenplan, die Entnahme aus der Aufwertungsreserve gemäss Erläuterungen zu genehmigen und für die Eigenwirtschaftsbetriebe (Spezialfinanzierungen) der Beibehaltung der Verbrauchsgebühr pro m<sup>3</sup> gemessenem Wasserverbrauch (Wasserwerk /Fr. 2.00/m<sup>3</sup>), der Beibehaltung der Benützungsg Gebühr pro m<sup>3</sup> gemessenem Wasserverbrauch (Abwasserbeseitigung / Fr. 1.80/m<sup>3</sup>) und der Beibehaltung der Kehrrichtgebühren zuzustimmen.**

**Diesem Antrag wird mit 33 Ja-Stimmen und einer Enthaltung zugestimmt.**

Die Genehmigung unterliegt dem obligatorischen Referendum.

**4      2017.30      Termine 2018**

Eintreten wird nicht bestritten.

\_\_\_\_\_

**Christian Keller:** Ich stelle folgenden Rückweisungsantrag: Der Terminkalender 2018 wird zur Überarbeitung zurückgewiesen. Im Sitzungskalender des Einwohnerrates sind zwei zusätzliche Termine als Reserve einzuplanen, einer davon für das Budget.

\_\_\_\_\_

**Abstimmung**

**Rückweisungsantrag SP/Grüne: Der Terminkalender 2018 wird zur Überarbeitung zurückgewiesen. Im Sitzungskalender des Einwohnerrates sind zwei zusätzliche Termine als Reserve einzuplanen, einer davon für das Budget.**

**Dem Antrag wird mit 33 Ja-Stimmen und einer Enthaltung zugestimmt.**

**5      2017.31      Umfrage**

Keine Wortmeldungen.

**Ursula Haag, Präsidentin:** Ich schliesse diese Sitzung um 23.00 Uhr.

Die Präsidentin:

Ursula Haag

Die Protokollführerin:

Romana Hächler